

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 20 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die Inhaberschaft des Geschäfts No. außerhalb der Amtshauptmannschaft 1 Pf. im amtlichen Teil (aus von Gebühren) die Seite 200 Pf. — Einzelnummern 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sebus. — Druck und Verlag: Carl Sebus in Dippoldiswalde.

Nr. 214

Dienstag den 13. September 1921

87. Jahrgang

## Eingziehung der bisherigen Kleingeld-Gutscheine.

Die vom Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde im Vorjahre zur Behebung des Mangels an Kleingeld ausgegebenen Gutscheine von je 10, 25 und 50 Pf. hören zufolge Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 5. 9. 21 am 30 September ds. Js. auf gültiges Zahlungsmittel zu sein. **Öffentliche Kassen** dürfen vom 1. Oktober ds. Js. ab diese Gutscheine nicht mehr in Zahlung nehmen.

Dagegen wird die **Bezirkskassen** diese Scheine noch bis zum 31. Dezember dieses Jahres in Zahlung nehmen und einlösen.

Alle öffentlichen Kassen und die Ortsbehörden werden ersucht, die Bezirkskasse bei der

Einlösung der Gutscheine zu unterstützen und sie einzusammeln und mit entsprechender Wertangabe gepackt zur Einlösung hier abzugeben.

Dippoldiswalde, am 8. 9. 1921. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Mittwoch den 14. Sept. d. J. vorm 10 Uhr

sollen im Versteigerungslokal des hiesigen Amtsgerichts **ca. 285 Schachteln versch. Schubereme und Schmiere** öffentlich gegen Barzahlung vorsteigert werden.

Dippoldiswalde, den 12. September 1921.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

## Vertilgung und Sächliches

**Dippoldiswalde.** Die Gloden riefen, und viele kamen am Sonntag zum Erntegottesdienste und füllten einmal wieder das Gotteshaus, dessen Altarplatz mit Früchten des Feldes und des Gartens geschmückt war. Selbst die Männeremporen, die gar oft in leerer Rede emporsprangen, zeigten sich heute fast dicht besetzt. Mit Recht konnte darum der Kirchenchor Silchers Lobgesang anstimmen: „Alles, was Odem hat, lobe den Herrn!“ und Herr Superintendent Michael hätte zu seiner Festpredigt keinen passenderen Text wählen können als Phil. 4, 4—6: „Freuet euch in dem Herrn. Sorgen nicht, sondern in allen Dingen lasset eure Bitte in Gebet und Flehen mit Dankagung vor Gott kund werden!“ Mit treffender Würdigung der freudigen Stimmung der Festgemeinde sagte der Festprediger seine Aufforderungen, Ermahnungen und Warnungen zusammen in dem Thema: **Erntedankfest, ein Freudentag in betrübter Zeit, da schalle Dank empor, da werde Liebe wach, da weiche der Sorgengeist!** In der Predigt wurde auch des 600. Todestages des berühmten italienischen Dichters Dante gedacht (gestorben am 14. September 1321), der als den Urgrund alles Geschehens die Liebe erkannte. Ebenso wurde der heute, Sonntag, eröffneten evangelischen Kirchentages in Stuttgart mit Segenswünschen erwähnt. Nach der Predigt kam in Fräulein Doris Waldes Solologesang „Die Himmel rühmen“ v. Beethoven die freudige Feststimmung nochmals zu künstlerisch schönem Ausdruck.

**Dippoldiswalde.** Wer eine Würde hat, muß auch ihre Würde tragen! Die Wahrheit dieses Wortes bekamen unsere Stadtväter im ganzen Jahre noch nie so deutlich zu spüren, wie in der Sitzung am Freitag, wo es galt, Dedung zu suchen für den großen Fehlbetrag des Haushaltsplanes. Daß ein solcher entstehen mußte, konnte so sehr nicht überraschen, nachdem bei Beratung der Einzelhaushaltpläne und auch sonst immer und immer Ausgaben bewilligt wurden ohne Dedung. So groß hatte man sich ihn aber scheinbar doch nicht gedacht. Jetzt heißt: Steuerquellen! Eine recht, recht unangenehme Sache. Niemand will derjenige sein, welcher . . . Jede Steuer wird als ein Unrecht empfunden von denen, die sie trifft. Und doch gibt's keinen Ausweg. Geld muß beschafft werden. Es hat gar keinen Zweck, die vom Finanz-Ausschuß gemachten Vorschläge abzulehnen, wenn nicht andere und bessere Vorschläge gemacht werden können. Und das dürfte recht schwer sein. Anderwärts, wo es ja ähnlich liegt, hat man sich darüber die Köpfe zerbrochen — vergeblich. Das Beste ist den Gemeinden genommen. Ganz außerordentlich erschwert wird die Lage dadurch, daß niemand weiß, wie hoch tatsächlich der Anteil an der Einkommensteuer ist. Man weiß das ja noch nicht einmal für das vergangene Rechnungsjahr. Auf der anderen Seite ist man nie sicher vor dem sprunghaftesten Steigen dieses oder jenes Ausgabepostens. Inwieweit unseren Stadtvätern die Lösung der schwierigen Aufgabe gelang, zeigt der Sitzungsbericht. Den letzten Schwelstropfen hats noch nicht gekostet. Wünschenswert wäre eine frühere Verabschiedung des Haushaltsplanes gewesen. Wenn auch mancher Posten dann noch unsicherer war, so gibt doch der aufgestellte Haushaltsplan bei richtiger Aufmerksamkeit an den in Frage kommenden Stellen jederzeit Gelegenheit, die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben mit den geschätzten zu vergleichen und bei größeren Abweichungen vielleicht doch Änderungen zu veranlassen. Nachdem beinahe ein halbes Jahr vorüber ist, läßt sich vieles nicht mehr ändern. Die Erhöhung von Wasserzins und Strompreis konnte dann früher einsehen, neue Steuern ebenfalls. Auch die Erhebung eines Grundsteuertermins im ersten Halbjahre als Abschlag hätte sich empfohlen. Daß eine neue Erhöhung eintreten mußte, war ja nicht schwer zu erraten. Und der Hausbesitzer wäre nicht in die Lage versetzt, die gesamte Steuer im zweiten Halbjahre entrichten zu müssen, unangenehm wegen der Auseinandersetzung mit den Mietern. Die frühzeitige Fertigstellung des Haushaltsplanes ist — will man nicht im Finstern tappen — notwendig und, wie gesagt, wertvoll auch dann, wenn dadurch manche Schätzung unsicher wird. Damit würden unsere Stadtväter sich das Arbeiten zweifelloser erleichtern. Und möglich muß das sein!

Am vergangenen Sonntage bei schönstem Wetter versammelten sich nachmittags 1/2 2 Uhr 115 Kinder unserer Stadt, um an dem vom Turnverein Dippoldiswalde (D. T.) veranstalteten Rinderwetturnen teilzunehmen. Bald entwickelte sich denn auch ein recht reges, turnerisches Leben auf dem Turnplatz des Turnvereins. Für die Kleinen war Laufen von 40, 50, 60, 75 und 100 m (je nachdem, ob Mädchen oder Knabe und in welcher Altersstufe das Kind turnte), Ballwurf und Weitspringen vorgesehen. Unter der geradezu vorbildlichen Vortarbeit, Organisation und Leitung des Herrn Rudolf Eidner und seiner bereitwilligen Helfer widmete sich das Ganze innerhalb kürzester Zeit wie am Schnürchen ab. Bereits kurz nach 3 Uhr waren die letzten Riegen mit der turnerischen Arbeit fertig und nach 4 Uhr konnte man bereits der ungeduldig harrenden Rinderherde die Sieger verkündigen. Der Preis für die erfolgreichste angewandte Mühe der Kleinen war ein Eichensträußchen mit einer Schleife, für die Großen aber das stolze Bewußtsein, mitgeholfen zu haben an der Erziehung zur körperlichen Tüchtigkeit unserer heranwachsenden Jugend. Es war eine Lust, die glänzenden Kinderaugen zu schauen, die erwartungsvoll auf Herrn Verwaltungsinспекtor Porstorf blickten, der die Sieger bekanntgab. Und wie stolz schritten die Kleinen, mit dem Sträußchen an der Brust zurück in die Reihen ihrer Kameraden, wie frisch und freudig klang ihr heller Heilruf! Herr Eidner dankte den Eltern, daß sie ihre Kinder zum Turnen schickten und bat, es nun nicht genug sein zu lassen, sondern immer rüstig weiter auf der Bahn zu schreiten, die alle sicher ans Ziel, zur Gesundheit, körperlichen Nützlichkeit, raschem Denken und Entschließen, führt. Schon am nächsten Sonntage, zum Abturnen des Turnvereins Dippoldiswalde, werden die Kinder wieder sich im Turnen üben und weiter zeigen, was sie während des Sommerhalbjahrs gelernt haben. Dank wurde noch Herrn Rudolf Eidner, der während des ganzen Sommers seine Mühe und Arbeit schenkte und sich in selbstloser Hingabe an manchem Abend den Kleinen zur Verfügung stellte und Lust und Liebe zum Turnen in ihre Reihen trug. Von den Siegern, es waren deren 100 — ein Zeichen, daß die Arbeit nicht umsonst war — können wir des Platzmangels wegen nur die ersten 10 nennen. Knaben: 1. Bahn und Gähler mit 77 P., 2. Döhnert mit 71 P., 3. Hofmann (außer Wettbewerb) mit 68 P., 4. Voigt mit 67 P., 5. Hering mit 66 P., 6. Mahn und Delang mit 65 P., 7. Schiffer mit 64 P., 8. Schilde und Hode mit 63 P., 9. Leonhardt und Michael mit 62 P., 10. Helbig und Gründlich mit 60 P. Mädchen: 1. Hegewald mit 74 P., 2. Reichelt mit 70 P., 3. Burkhardt mit 69 P., 4. Liebing und Große mit 68 P., 5. Härtel mit 67 P., 6. Köllig mit 66 P., 7. Dichtel mit 63 P., 8. Stephan und Wätner mit 62 P., 9. Ränger, Gneuß, Helbig, Schulze mit 61 P., 10. Rettner, Elfriede Schierlich mit 59 P.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist in hiesiger Stadt ein Kraftwagen dermaßen gegen den Gartenzaun eines Grundstückes gefahren, daß vier Gartenäulen umgebrochen worden sind. Der Kraftwagen entkam unerkannt und hinterließ nur die zerbrochene Windschutzscheibe. Es ist anzunehmen, daß das Kraftfahrzeug dabei erhebliche Beschädigungen erlitten hat und deshalb jedermann auffallen mußte. Sachdienliche Mitteilungen, welche zur Erfassung des Besitzers des Kraftwagens dienen, werden an die Polizeiwache Dippoldiswalde erbeten.

Am Sonntag abend 1/2 9 Uhr ist aus der Hausflur des Gasthofs zu Reinholdshain ein Fahrrad entwendet worden. Beschreibung des Rades: Marke Brennabor-Spezial Nr. 70 332 oder 70 352, schwarzlackierter Rahmenbau, neu vernickelt, brauner Sattel und Satteltasche, rote Griffen, an der linken Seite fehlt an der Pedale der Gummi. Ältere graue Bereifung, hinterer Mantel vulkanisiert mit zwei roten Flecken, auf welchen die Aufschrift „Parosell“ steht. Vor Ankauf wird gewarnt.

Schmiedeberg. Zum Bundesstag des Mitteldeutschen Bundes für National-Stenographie in Jena vom 8. bis 8. Aug. 1921 legte Fräulein Dora Köhler ihre Unterrichtsleiter-Prüfung für Nationalstenographie ab und bestand dieselbe mit „vorzüglich“.

**Altenberg.** Ein bedauerliches Unglück ereignete sich am Freitag nachmittag am Geisingberg. Der daselbst Kasse haltende 12 jährige Walter Aulhorn, Sohn des Zimmermanns Aulhorn, war in den Besitz einer Sprengkapsel gelangt und hatte sie mit aufs Feld genommen. Als er versuchte, sie durch Feuer zu entzünden, explodierte sie und riß ihm einigen Finger von der linken Hand weg, verletzte ihn auch schwer an einem Auge. Der Bedauernswerte mußte sofort nach dem Carolahaus in Dresden überführt werden.

**Geising.** Am 1. September ist Herr Sparkassenkassierer Freyer nach 38 jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten. **Dresden.** Die Stadtverordneten nahmen in der letzten Sitzung einstimmig einen Antrag an, beim Reichsverkehrsministerium dahin zu wirken, daß für Sachsen mit seinem regen Verkehr ein eigener Bezirksbahndirektor mit dem Sitz in Dresden als dem Sitz der Eisenbahndirektion Dresden errichtet wird.

Am Sonnabend hat auch der Konzern Stern, der seine Generalvertretung in Dresden, Generalvertreter Fuchs auf der Steinstraße hatte, den Konkurs angemeldet. Am Sonnabend waren größere Zahlungen fällig, doch war, wie der Generalvertreter Fuchs, Dresden, erklärte, die Ehefrau des Inhabers, Lange, Berlin, die mit dem fällig gewordenen Gelde aus Berlin nach Dresden kommen sollte, nicht eingetroffen. Unter dessen war bereits in Berlin der Konkurs angemeldet worden. In Dresden konnten 40 000 Mark bares Geld und mehrere Möbelstücke beschlagnahmt werden, die von dem eingezahlten Gelde angeschafft worden waren.

Die Dresdner Stadtverordneten bewilligten 27 000 M. für Schreiftisch und Stühle für das Wohnungsamt.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat eine große Anfrage an die Regierung gerichtet des Inhalts, wie sie sich zu der Anwendung von Gewalt zu politischem Umsturz billigen Versammlungsrede des Unterrichtsministers Fleißner am 26. August in Dresden stellt.

Die Weltmühle, ein vor 11 Jahren mit großen Kosten am Eingange des Schönergrundes erbautes Vergnügungs-etablissement, schloß am gestrigen Sonntag endgültig den Betrieb, um in eine große Mädel- und Maffaronifabrik umgewandelt zu werden.

Das Hofbrauhaus, das im Frühjahr stillgelegt wurde, wird in einen industriellen Großbetrieb umgewandelt, es schweben bereits Verhandlungen mit der bekannten Lederfabrik von Bierling, die ihren Betrieb hineinverlegen wird.

Der Direktor des Dresdner städtischen Untersuchungsamtes, Professor Dr. phil. Benthien erklärte als Sachverständiger vor Gericht, daß die Milchverfälschungen in bedenklicher, ständig steigender Weise zugenommen haben, und das gegenwärtig die Hälfte aller in Dresden zum Verkauf gelangender Milch verfälscht sei, entweder durch Entrahmung oder, was noch verwerflicher ist, durch Zusatz von Wasser. Es werde gegenwärtig bereits ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, um den Milchhandel der Konzessionspflicht zu unterwerfen, die ganzen jetzigen unhaltbaren Zustände drängten darauf, und das wünsche auch der reelle und ehrbare Milchhändler, daß die Zuverlässigkeit erst geprüft werde. Der Milchhändler Otto Kohl aus Dresden, dessen Milch 30 % Wasserzusatz enthalte, die derselbe aber so vom Erzeuger geliefert bekommen, erhielt wegen fahrlässiger Milchverfälschung 100 Mark Geldstrafe zu büßten.

Der Obermeister einer Kaufher Innung hatte es sich während der Kriegsjahre und der Nachkriegszeit ganz besonders angelegen sein lassen, seine von ihm vertretene Innung und deren Mitglieder durch entsprechende Maßnahmen vor schwerem Schaden zu bewahren. Der Obermeister hatte seine ganze Kraft in den Dienst der Innung gestellt, und dadurch manche gefährdete Existenz gerettet. Aus Dankbarkeit und in Anerkennung seiner großen Verdienste hat nun die Innung ihren erholungsbedürftigen Obermeister und Führer auf Kosten der Innung in ein Seebad geschickt, damit er auch fernerhin die Geschicke der Innung und des Handwerks erfolgreich leiten kann.

Wilsdruff. Verhaftet und dem Amtsgerichtsgewahrsam zugeführt wurde von der hiesigen städtischen Polizei der In-

valide Häbner und seine Tochter Frieda wegen Verbrechen im Sinne der §§ 173 und 174 des RStGB.

**Rohrweil.** Als am Donnerstag vormittag ein Personenzug an den Grundstücken der Wanne vorbeifuhr, bemerkten Streckenarbeiter, daß eine Wagentür des Zuges offen stand und ein Kind herausgefallen war. Da es am Körper Hautabschürfungen davongetragen hatte, brachte man es nach dem Krankenhaus, wo auch nach kurzer Zeit der Vater des Kindes, ein von Bukarest stammender jüdischer Händler, sich einfand. Er nahm das Kind, das glücklicherweise keine schweren Verletzungen davongetragen hatte, wieder an sich. Der Händler befindet sich mit seiner Familie auf der Auswanderung nach Antwerpen.

**Leipzig.** Am Sonnabend vormittag ereignete sich gegen 11 Uhr in der Roscherstraße, dicht hinter dem Stadtbad, ein schweres Bauunglück. Bauarbeiter waren mit dem Weiterausbau eines bereits 16 Meter hohen Gerüsts beschäftigt, das für den Neubau des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats errichtet wurde, als plötzlich durch einen Wirbelwind das mächtige Gerüst zu wanken begann, vornüber kippte und unter donnerähnlichem Getöse auf die Fahrstraße stürzte. Einige Arbeiter wurden unter den Holzmassen begraben. Die sofort alarmierte Feuerwehr rückte mit mehreren Wagen an und begann sofort mit den Bergungsarbeiten. Von den verschütteten Arbeitern hatten drei schwere Verletzungen erlitten. Sie wurden sofort mittels Sanitätsautos ins Krankenhaus gebracht.

**Leipzig.** Lehrer Johannes Lang an der 35. Volksschule, jetzt zweiter Vorsitzender des Leipziger Lehrervereins, ist zum Regierungsrat im Reichsministerium des Innern ernannt worden. Er tritt in die von Staatssekretär Schulz geleitete Schulabteilung ein, die bereits vor kurzem eine Erweiterung durch die Berufung des Regierungsrates Dr. Karstädt aus dem preussischen Unterrichtsministerium erfahren hatte.

**Leipzig.** Ein Leipziger Kaufmann wollte auf einer Motorradfahrt hinter Liebertwolkwitz einen großen Kraftwagen, der langsam in gleicher Richtung fuhr, überholen. Als er mit seinem Kraftwagen etwa die Mitte des Kraftwagens erreicht hatte, überholte ihn, obgleich zwischen seinem Kraftwagen und den an der Straße liegenden Erdhäufen bzw. den Straßendämmen nicht genügend Raum war, eine Zyklolette in noch schnellerer Fahrt und streifte das Motorrad. Der Lenker, sowie ein junges Mädchen, das auf dem Rade mitfuhr, wurden auf die Straße geschleudert und schwer verletzt. Der Fahrer der Zyklolette fuhr rückwärts davon und überließ die Verunglückten ihrem Schicksal.

Der Militärverein Sellaerhausen bei Leipzig feierte am Sonnabend sein 50-jähriges Bestehen. Es war ein Kommerz im Schützenhause geplant, der auch von der Polizei unter Streichung der Reden genehmigt worden war. Kurz nach Beginn des Kommerzes fanden einige kommunistische Ruhestörer unter Führung eines Konsumvereinsagelichters Einlaß in den Saal und verlangten Räumung des Saales binnen 5 Minuten, andernfalls die mit roten Fahnen erschene, draußen harrende Menge eingreifen werde. Die herbeigerufene Polizei konnte dem Kommerz keinen Schutz gewähren und empfahl, die Feier abzubrechen.

Die Landwirte des Mügeln Bezirkes haben sich bereit erklärt, zur Behebung der Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Weizenmehl ein Viertel der Brotgetreideumlage in Weizen zu leisten. Desgleichen haben die Mügeln Landwirte Schritte in die Wege geleitet, um die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kartoffeln sicherzustellen.

**Filsha.** Der Gemeinderat beschloß die Einführung einer Gewerbesteuer rückwirkend ab 1. April 1920 nach folgender Staffelung: steuerfreies Einkommen 20 000 M., 50 000 M. bis 1 Mill. M. 3%, über 1 Mill. M. 4%. Von den 220 Gewerbetreibenden am Orte werden bei dieser Staffelung nur 25 von dieser Steuer betroffen. — Zur Kartoffelbeschaffung werden von der Gemeindekasse wieder zinsfreie Darlehen an die Einwohner gewährt.

**Witzendorf bei Chemnitz.** Die Mitglieder des hiesigen Wohnungsausschusses haben wegen Meinungsverschiedenheiten sämtlich ihre Ämter niedergelegt. Es muß deshalb zur Neuwahl geschritten werden.

**Hohenstein-Ernstthal.** Ein Verein kinderreicher Familien für Hohenstein-Ernstthal und Umgebung wurde hier gegründet. Die Zwecke und Ziele des Vereins sind Beschaffung von gesunden Wohnungen, Bezug von stark benötigten Lebensmitteln wie Kartoffeln zu niedrigeren Preisen, Wochenbeihilfen, Steuernachlässe, Arbeitsbeschaffung, Ferienaufenthalt der Kinder auf dem Lande usw.

**Annaberg.** Im Stadtteil Kleinrückerswalde ließ der Gutsbesitzer H. seinen letzten Weizenacker mähen. Sein noch nicht drei Jahre altes Söhnchen hatte sich in das Feld gesetzt, was aber von dem Geschirrführer der Mähmaschine nicht bemerkt worden war. Das Kind wurde von der Maschine erfasst, die ihm das rechte Bein unterhalb des Knies glatt abschnitt, während das linke Bein leichter verletzt wurde.

**Crimmitschau.** Die Stadtverordneten zu Crimmitschau genehmigten den Haushaltsplan der Stadtgemeinde auf das Rechnungsjahr 1921/22. Er bezeichnet einen Fehlbetrag von 8 399 823 M., ungedeckt bleiben davon 2 183 629 M.

**Oberwiesenthal.** Wenn man in den letzten Tagen durch die Felder wandelte, konnte man eine rege Erntefähigkeit bemerken. Die Einwohner vom obersten Gebirge können sich nicht erinnern, daß im August schon Getreide eingefahren wurde. Gewöhnlich werden hier erst im Oktober Hafer, Korn und Gerste einigermassen reif. Auch die Kartoffelernte verspricht gut zu werden.

**Falkenau.** Beim Eintreffen des ersten Zuges von Grasslitz in Falkenau waren 12 Prager Geheimpolizisten angekommen, um eine Fahrkarten-Revision vorzunehmen, da in der letzten Zeit angeblich die Schwarzfahrten überhand nahmen. Der Aufforderung, nur den Hauptausgang zu benutzen, widerstanden sich die Arbeiter, weil sie Eile hatten. Da machte einer der tschechischen Beamten die Bemerkung, daß sie die Herren seien und schlug mit seinem Gummiknüppel los, worauf die etwa 300 Arbeiter ihre blechernen

Rasseecken als Gegenwaffen benutzten und so um sich schlugen, daß ein Arzt stundenlang zu verbinden hatte.

**Zwickau.** Der Verein zur Errichtung von Vergnügungswohnungen hat der Stadt Zwickau weitere 2 Millionen M. zu Wohnungsbauten zugesichert unter der Bedingung, daß in den Wohnungen mindestens 50% Zuzug von auswärtig aufgenommen wird.

**Zwickau.** Das Reichsverkehrsministerium hat den Umbau des Zwickauer Bahnhofes genehmigt. Die Gesamtkosten sollen etwa 1/4 Milliarde betragen und der Bahnhofsumbau etwa in 2 Jahren durchgeführt sein.

**Brumbach i. B.** Durch Feuer zerstört wurde in der Nacht zum Donnerstag in Rohrbach das gesamte Anwesen des Wirtschaftsbefizers Gustav Wunderlich. Bei Ausbruch des Brandes, dessen Entstehungsurache noch nicht ermittelt ist, lagen die Leute im tiefen Schlafe und vermochten kaum das nackte Leben zu retten. Der größte Teil der beweglichen Habe und die gesamten Erntevorräte fielen den Flammen zum Opfer; auch 3 Kühe, 2 Schweine und zahlreiches Federvieh ist mit verbrannt.

**Radewisch i. V.** Ein hiesiger Gartenbesitzer hat auf seinem Grund und Boden von einer einzigen Kartoffelpflanze 90 Knollen im Gewicht von über 11 Pfund geerntet. Die Kartoffeln stehen auf Hügelchen, eine Pflanzweise, die für Gärten sehr empfehlenswert ist, da die Kartoffeln infolge größerer Wärmezufuhr so vorzüglich gedeihen und einen reichen Knollenanfang zeigen.

**Plauen.** Beim Baden ist hier ein 14-jähriges Schulmädchen ertrunken. Es war nach einem Aufenthalt in der Nichtschwimmer-Abteilung des König-Albert-Bades nach der Schwimmer-Abteilung gegangen. Dort war es untergegangen. Trotz aller sofort eingeleiteter Rettungsversuche konnte es nicht zum Leben zurückgebracht werden. Nach ärztlichem Gutachten dürfte Herzschlag die Todesursache sein.

**Plauen.** Ein achtzehnjähriges Mädchen hier hat ihrem Leben freiwillig ein Ende bereitet, weil sie auf Grund falscher Denunziation von der Sittenpolizei zur Vernehmung geladen wurde. Das Mädchen, das tagsüber allein in der elterlichen Wohnung war, vergiftete sich mit Gas. Als die Mutter am Abend heimkehrte, war es zu spät, um noch irgend welche Hilfe zu leisten. Nach dem Tode des unglücklichen Mädchens wurde festgestellt, daß die erhobenen Vorwürfe falsch waren.

Dem Bismarckenjäger Hauer aus Oberneuschönberg gelang es, in Mittelsaida 6 Stück Bismarcken zu erlegen. In einem Amlertgutsteich in Dorshemnitz hat er ein Nest mit einer alten und sieben jungen Bismarcken ausgegeben, nachdem schon vorher der dortige Jagdpächter eine Bismarckenratte zur Strecke gebracht hatte. Bismarckenjäger Hauer hat in diesem Jahre schon 72 Stück erlegt.

## Frankenumlauf im Saargebiet.

Nach einer Verfügung der Regierungskommission des Saargebietes müssen vom 1. April 1922 ab die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeindeverwaltungen in Franken entlohnt werden, weil das in zahlreichen Eingaben verlangt worden sei. Da die Gemeinden gleichgültig angewiesen wurden, sich diese Franken durch Einkünfte zu beschaffen, werden wohl vom genannten Zeitpunkt ab die Gemeinden auch ihre Gebühren und Steuern nicht mehr in Mark, sondern in Franken erheben müssen.

Die Verfügung der sogenannten Völkervereinbarung an der Saar zeigt mit dieser neuesten Verfügung wieder einmal klar, daß sie folgerichtig die französische Angliederungspolitik unterstützt. Schritt um Schritt bahnt sie dem Franken den Weg, schaltet sie die Mark aus. Dem Frankenumlauf bei den Verkehrsanstalten folgt jetzt der zwangsweise Frankenumlauf im Gemeindeleben, der noch weit tiefer in die Verhältnisse des Saargebietes eingreift, in denen laut Friedensvertrag die Reichsmark gesetzliche Währung zu bleiben hat. Die Saarregerung hat es meisterhaft verstanden, durch fortwährend vermehrte Frankenumläufe das Land von einer Krise in die andere zu stoßen, und stets betont sie dann, die Krise entspringe nicht durch den verstärkten Frankenumlauf, sondern durch die immer noch im Handel allein geltende Reichsmark. Gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Lage im Saargebiet der größten Krise zugeht, stößt sie die Gemeinden in neue Geldsorgen, denn beim Stande des Franken gegenüber der Mark müssen die Gemeinden jetzt weit höhere Gebühren ihrerseits einzuziehen, also ihre Steuern, Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise usw. stark erhöhen, so daß das Land neuer, gewaltiger Belastung ausgesetzt wird und in neue Krisen gerät. Dann wird man sagen, der Umstand, daß der Handel noch mit der Mark arbeite, trage die Schuld an den neuen Nöten und wird diesen zur Frankenumläufe zu befehlen versuchen, damit die wirtschaftliche Grenze gegen Deutschland immer schärfer wird.

Der Umstand, daß sich die Saarkommission bei ihrer neuesten Verfügung auf Eingaben kommunaler Lohn- und Gehaltsempfänger glaubt berufen zu können, besagt dabei gar nichts; man hätte die Gemeindeverwaltungen und nicht die Leute hören sollen, die lediglich aus dem gegenwärtig hohen Stand des Franken eigensüchtige Folgerungen ziehen wollen, ohne zu bedenken, wie sehr durch diese neue Verfügung die Gemeinden, ihre Arbeitgeber also, belastet werden. Der Saarregerung war es aber nur um den verstärkten Frankenumlauf zu tun, sie will die Mark endgültig verdrängen. Das ist die „Treuhandpolitik“ der Völkervereinbarung an der Saar in einem Augenblick, in dem in Genf Völkervereinbarung und Völkervereinbarung gleichzeitig tagen. Man weiß an der Saar, daß Genf schweigen wird, darum regiert man im Interesse Frankreichs darauf los und stürzt das Land in neue Krisen.

## Die Münchener Krise.

**Bayern gegen das Kompromiß.**  
Die Spannung zwischen dem Reich und Bayern, die durch das günstige Ergebnis der Verhandlungen des Reichsanzlers mit der bayerischen Delegation in

Berlin nahezu beiläufig zu sein schien, hat sich neuerdings wieder verschärft.

Wie der „Berliner Volksanzeiger“ und „Münchener Anzeiger“ hat der bayerische Ministerrat das Berliner Kompromiß im vollen Umfange nach sich ziehen. Die Stimmen abgelehnt und wird dem Koalitionsausschuß des Landtages empfehlen, sich ihm anzuschließen. Die Verhandlungen mit den Regierungsparteien haben bereits begonnen.

Der Ministerpräsident v. Raab und mit ihm die Mehrheit des Kabinetts stehen auf dem Standpunkt, daß die Rechte Bayerns gewahrt werden müssen. Gemeint ist offenbar damit die Unantastbarkeit der Polizei- und Justizgewalt. Wie verlautet, soll der Ministerpräsident seinen Rücktritt angefündigt haben, wenn der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben werde.

Der Beschluß des Ministerrats wird zweifellos, abgesehen von dem gespannten Verhältnis zum Reich, auch in Bayern ernste Folgen nach sich ziehen. Zunächst wird man mit einer Abspaltung der Demokraten von der Regierungskoalition rechnen müssen, nachdem die beiden demokratischen Minister von ihren fünf Kollegen überstimmt worden sind. Die bisherige Regierungskoalition im Landtage zählte 110 bürgerliche Mitglieder (65 Bayerische Volkspartei, 20 Mittelpartei, 13 Demokraten und 12 Bauernbündler), denen 48 Mitglieder der sozialistischen Linken gegenüberstehen.

In der Presse kommt der Ernst der Situation deutlich zum Ausdruck. Die sozialistische „Münchener Post“ fordert die Arbeiterschaft auf, höchste Disziplin, Ruhe, nächtliche Erwidung und im rechten Augenblick fähiges, entschlossenes Handeln und unbegrenzter Opfermut. Die „deutschnationale“, „Münchener-Augsburger Abendzeitung“ dagegen schreibt, eine Preisgabe des Ministerpräsidenten v. Raab im gegenwärtigen Augenblick heiße nichts anderes als Kapitulation vor der Straße.

## Aufgehobene Zeitungsverbote.

**Der Reichsrat gegen die „rückwirkende Kraft“.**

Der Beschwerdeauschuß des Reichsrates, der über das kürzlich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August erlassene Verbot von sechs rechts gerichteten Zeitungen zu befinden hatte, hat das Verbot aufgehoben.

Der Ausschuß kam nach teilweise sehr heftigem Wortgefecht mit dem sozialdemokratischen Innenminister Dr. Gradnauer zu dem Beschluß, das Vorgehen des Reichsministers des Innern, welches der Verordnung des Reichspräsidenten rückwirkende Kraft verlieh, als dem Wortlaut der Verordnung widersprechend und daher ungesetzlich zu erklären.

Die Zeitungsverbote sind infolgedessen aufgehoben. Es handelt sich um folgende Zeitungen: „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tagblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Damberger Warte“ und „Heimatsbote“ in Gera.

Das „Deutsche Tagblatt“, das von dem deutschen nationalen Reichstagsabgeordneten Reinhold Wulle herausgegeben wird, ist bereits am Sonnabend früh wieder erschienen. Das Blatt kündigt an, daß es dem Reichsminister des Innern in einer Schadenersatzklage für den erlittenen Schaden haftbar machen werde. Falls die übrigen Blätter sich diesem Vorgehen anschließen, dürfte das überleitete Zeitungsverbot einen ziemlich kostspieligen Ausgang für die Reichsregierung haben.

**Weitere Zeitungsverbote.**

Inzwischen hat die Reichsregierung eine Reihe von neuen Zeitungsverboten erlassen. Die in Dresden erscheinende „Sächsische Landeszeitung“, ein deutsch-völkisches Wochenblatt, sowie die „Pommersche Tagespost“ in Stettin sind auf 14 Tage verboten worden. Ferner hat der Reichsminister des Innern die „kommunistische Arbeiterzeitung“ in Berlin für die Zeit vom 9. bis 23. September 1921 verboten. In der Begründung des Verbotes heißt es:

„In Nr. 228 der „kommunistischen Arbeiterzeitung“ ist ein Aufruf: „Der kommunistischen Arbeiterjugend“ an das gesamte Jugendproletariat abgedruckt, worin u. a. gesagt wird: „Junge Proletarier! Wir rufen euch zu, befreit die Sturmgeißeln der Zeit. Das Lösungswort lautet: Bürgerkrieg, und weiter: Vernichtet alle Gewerkschaften, Jugendsekzionen und parlamentarische Parteien und zum Schluß: Handelt wie Max Götz! In diesem Sinne auf zum Kampfe!“

Der Aufruf fordert daher in unverblümter Form zum Ungehorsam gegen die Gesetze auf und verstößt in grober Weise gegen den Paragraphen 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921.

**Deutschnationaler Antrag zu der Ausnahmeverordnung.**

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Ueberwachungsausschuß einen Antrag eingebracht, wonach der Ausschuß der Reichsregierung ersucht werden soll, alsbald ohne Rücksicht auf das Zusammentreten des Reichstages die Aufhebung der von dem Reichspräsidenten unter Bezugnahme auf Art. 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 29. August ds. Js. herbeizuführen. Im Falle der Ablehnung des Antrages wird eine Reihe grundlegender Änderungen vorgeschlagen, insbesondere sollen dann in die Verordnung Bestimmungen aufgenommen werden, daß der Verordnung keine rückwirkende Kraft beigelegt werden darf und daß die bloße Tendenz und die politische Bestimmung einen ausreichenden Grund zu Verböten und Strafen nicht darstellt.

**Die schweren Ausschreitungen.**

Ferner hat die deutschnationale Fraktion eine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß sich seit dem Erlaß der Verordnung vom 29. August ds. Js. die Fälle von schweren Ausschreitungen und Beleidigungen oder Behre den der drei sozialistischen Parteien und ihrer Angehörigen gegen die rechts- und nationalgerichteten Kreise häufen, durch welche diese an der gesetzmäßigen Ausübung ihres Vereins- und Versammlungsrechtes verhindert werden. Dabei werden unausgesetzt Berge-

hen und Verbrechen (wie Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, leichte und schwere Mißhandlung, Nötigung, Freiheitsberaubung, Raub und Falschmünzprägung). Es werden sodann zahlreiche bestimmte Fälle, die bisher zur öffentlichen Kenntnis gelangt sind, aufgezählt und daran folgende Fragen geknüpft: In welchen Fällen die Strafverfolgung eingeleitet? In welchen Fällen sind Verhaftungen der Täter oder Anstifter erfolgt? Welche vorbeugenden Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um diesem verbrecherischen Treiben ein Ende zu machen, auch um zu verhindern, daß die unmittelbar bevorstehenden Wahlen in Baden, Berlin, Hessen, Sachsen und Thüringen nicht wegen des ausgeübten Terrors der Ungültigkeit verfallen?

## Zunehmende Steuerung.

Die Indexkurve steigt.

Das Statistische Amt in Mainz berechnet laufend die Indexziffern der Steuerung, die für den Stand am 1. September eine erhebliche Erhöhung von sieben Punkten aufweisen, nachdem die letzten Monate nur ein allmähliches Ansteigen der Kurve hatten erkennen lassen. Die Indexziffer stellt sich bei der Berücksichtigung von fünfzig wichtigsten Lebensbedürfnissen auf 155, bei einem Relativstand von 100 am 1. Januar 1920, einem Höchststand von 162 am 1. Januar 1921, einem Tiefstand von 145 am 1. Juli 1921. Hauptursache sind die Verteuerung durch den Salustand, die Erhöhung der Milchpreise und der Brotpreise, die erst mit einer Hälfte in Erscheinung kommen.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Organe der Kohlewirtschaft in Berlin nahmen zu der Kohlenpreisfrage Stellung, nachdem durch die letztgültigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Bergbaues eine Lohnerhöhung ab 1. September von 7 1/2 bis 10 Mark durchschnittlich je Mann und Schicht teils fest vereinbart, teils in der Schwebelage ist. Es wurde beschlossen, die Lohnerhöhung durch eine entsprechende Preissteigerung in den einzelnen Steinkohlen- und Braunkohlenrevieren abzugelten. Die Preissteigerung für das rheinisch-westfälische Revier wird demgemäß ab 1. September 1921 21 Mark je Tonne ausschließlich der Steuern betragen. Der Beschluß erfolgte einstimmig und eine Beanstandung durch die zuständigen Regierungsstellen fand nicht statt.

Preissteigerung auf dem Produktmarkt.

Wie aus dem Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates hervorgeht, hatte während des größten Teiles der letzten Berichtswochen die Marktlage für Weizen schwach gelegen, weil auch für Weizenmehl der Absatz von Tag zu Tag schlechter geworden war. Die Konkurrenz der kleinen Provinzmühlen machte sich im Geschäft unserer Mehlhändler fühlbar. Dem entsprechend verminderte sich die Nachfrage für prompten Weizen, während für spätere Lieferung ziemlich gleichmäßige Kaufneigung bestand. Das Inland war mit seinen Veräufen auf die nächsten Monate vorsichtig geworden, indessen kam dies in einer merklichen Preissteigerung erst zum Ausdruck, als die Steigerung der ausländischen Weizen mit einer gleichzeitigen Hochbewegung der amerikanischen Preise sich vereinte. So zogen zum Schluß der Woche fast allgemein für prompte wie auch spätere Lieferung die Preise an und die Kauflust nahm zu. Dabei ist bemerkenswert, daß die Hausbewegung Amerikas sich zum Teil auf Ursachen aufbaute, welche in regelmäßigen Ketten für uns eigentlich hätten drückend wirken müssen. Im ganzen dürften die letztwöchentlichen Abteilungen nach unserem Lande von Amerika her sich auf rund 140-150 000 Tonnen belaufen.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 12. September 1921.

Deutschland hat in einer Note an den Völkerbund gegen die Beordnung der Regierungskommission des Saargebietes protestiert, die den vertragswidrigen Begriff „Saar-einwohner“ eingeführt hat.

Für den Wiederaufbau Frankreichs hat Deutschland bekanntlich 25 000 Goldmark zu liefern. Es sind bisher nur 26 Häuser in Auftrag gegeben worden.

**Der Eid auf die Verfassung.** Eine kleine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erinnert daran, daß die gegen die Eidesleistung auf die Verfassung verweigerten Beamten ergriffenen Maßnahmen größtenteils wirkungslos blieben. Die Frage steht dahin, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um ihrer Autorität und der Reichsverfassung Geltung zu verschaffen, und was sie gegen jene Beamten veranlassen werde, welche den Eid auf die Verfassung verweigert haben. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert in einer weiteren Anfrage die Reichsregierung auf, anzuordnen, daß die Hoheitszeichen des früheren Regimes innerhalb einer Frist zu bemessenden Frist aus den Dienststellen, Amtsräumen und von den Gebäuden der Reichsbehörden endgültig entfernt werden, sowie daß sämtliche Bilder und Wäfen von Mitgliedern ehemals regierender Häuser aus allen Amtsräumen der Reichsbehörden sofort zu beseitigen sind, wobei künstlerisch wertvolle Stücke einem Museum überwiesen werden können. Die Anbringung und Aufstellung von solchen im Privatbesitz befindlichen Wäfen und Bildern in den Amtsräumen der Reichsbehörden sei zu verbieten und die Nichtbefolgung dieser Befehle unter empfindliche Strafen zu stellen. Außerdem sei auf die Länderregierungen einzuwirken, um diese zum gleichen Vorgehen zu veranlassen.

**Gerhart Hauptmann Reichspräsident?** Ein Teil der deutschen Künstler- und Literatenverbände geht, wie der „Vorwärts“ erfahren haben will, mit dem Gedanken um, zur kommenden Reichspräsidentenwahl Gerhart Hauptmann als Kandidaten aufzustellen. Das genannte Blatt bemerkt dazu: „Man tritt Gerhart Hauptmann nicht zu nahe, wenn man offen ausdrückt, daß dieser Gedanke einem vollkommenen Mißverständnis der Demokratie entspringt. Durch die Wahl Gerhart Hauptmanns zum Reichspräsidenten

würde weder der Völkler noch das Deutsche Reich etwas gewinnen, denn der Reichspräsident ist nicht eine bloße Bezeichnung der Republik, sondern er soll in Staatsmann sein, der in entscheidenden Augenblicken handelnd eingreift.“

**Der Völkerbund an der Arbeit.** Reuter meldet aus Genf, daß der Sonderausschuß des Völkerbundes zur Behandlung der oberschlesischen Frage tätig an der Arbeit ist. Der Ausschuß wird seinen Bericht nicht in ein Augenblick länger verzögern, als für eine angemessene Erwägung der Frage notwendig ist. — Bei der allgemeinen Aussprache über den Bericht des Völkerbundes erklärte der persische Delegierte, daß die oberschlesische Frage zu einem europäischen Landabtausch, falls sich nicht bald eine glatte Lösung finde.

**Frankreich gegen die Aufhebung der Zollgrenze.** In der Note des Obersten Rates an Deutschland war die Aufhebung der Rheinzollgrenze zum 15. September in Aussicht gestellt, falls die Goldmilliarde am 31. August voll bezahlt würde. Außerdem sollte sich Deutschland mit der Schaffung eines interalliierten Leberwahrungsorgans im besetzten Gebiet einverstanden erklären, dem die Prüfung und Ausstellung der Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Ententewaren obliegen sollte. Inzwischen hat Deutschland die Reparationsrate gezahlt und sich mit der Einsetzung der neuen Ententebehörde einverstanden erklärt. Die deutsche Regierung knüpfte aber dieses Zugeständnis an die Voraussetzung, daß das alliierte Organ sich mit einer auf das besetzte Gebiet beschränkten Tätigkeit oder Einmischung in die deutsche Exekutive enthalten wird. Dieser Vorbehalt der deutschen Regierung wird jetzt von den Franzosen als Vorwand benutzt, um die Aufhebung der Zollgrenze zu verhindern. Ein Telegramm des „Petit Parisien“ aus Mainz läßt die Möglichkeit voraussehen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen noch nicht am 15. September aufgehoben werden, und zwar weil Deutschland noch nicht in zufriedenstellender Weise auf die Entscheidung des Obersten Rates geantwortet habe. Es sei wahrscheinlich, daß deshalb eine neue Note an die Reichsregierung gesandt werde oder bereits gesandt worden sei. Wenn Deutschland bis zum 15. September nicht die Vorläufe der Alliierten ohne weiteres annehmen sollte, sollen die getroffenen Maßnahmen beibehalten werden. — Eine neue Note, von der „Petit Parisien“ spricht, ist in Berlin noch nicht eingetroffen.

**Zurückziehung der belgischen Truppen aus der Ruhrgegend.** Nach einer Brüsseler Meldung des „Paris Journal des Debats“ hat der belgische Minister für nationale Verteidigung im Einvernehmen mit dem Oberkommandierenden der Besatzungstruppen beschlossen, die 12 000 Mann belgischer Truppen, die sich seit der Londoner Konferenz im besetzten Gebiet in Deutschland befanden, und für die eventuelle Befestigung des Ruhrgebietes bestimmt waren, am 15. September in ihre Standorte in Belgien zurückzuführen. Nachdem die deutsche Regierung nunmehr ihre Verpflichtungen erfüllt hat, sei die belgische Regierung der Auffassung, daß diese Truppen nicht mehr in den Ruhrgebieten verbleiben können. — Ob die Franzosen sich nun endlich auch dazu entschließen werden, ihre Truppen auf das linke Rheinufer zurückzunehmen?

**Unerhörter Eingriff in die deutsche Verwaltungshoheit.** Der Oberbürgermeister von Duisburg erhielt folgende Mitteilung des dortigen Orts-Delegierten, die berechtigtes Aufsehen erregt:

„Eine Anordnung des kommandierenden Generals des 3. Armeekorps Duisburg folge gebend, teile ich ergebenst mit, daß von jetzt an alle Beamten, die neu ernannt werden, aus den besetzten Gebieten der Rheinprovinz kommen müssen. Abgesehen von ganz besonderen Einzelfällen werden in dem Rückenlopf nur noch Ernennungen, Beförderungen usw. von Beamten, die aus diesen Gegenden stammen, befristet werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Entscheidung zur Kenntnis der in Frage kommenden Behörden bringen wollen.“

Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung gegen diese neue Annäherung mit aller Schärfe Front machen wird.

**Friedliche Durchdringung der Pfalz.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, verließ die französische Regierung dem Provinzialbeauftragten der Pfalz General de Metz in Anerkennung seiner Verdienste um die friedliche Durchdringung der Pfalz das Prädicat Czellenz. Eine Verordnung erklärt die Speyerer Polizeimannschaft für abgesetzt, da sie unschuldig sei, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Volksgewalt ist mit dem 8. September auf die Besatzungstruppen übergegangen. Nach den gelösten deutschen Polizisten wird gefahndet, um sie den französischen Besatzungsbehörden zur Verfügung zu stellen.

**Förderung des Danziger Kriegsfluggeräts.** Die Völkstafelkonferenz hat eine Entscheidung über das gemäß dem Friedensvertrag in das Eigentum der alliierten und assoziierten Hauptmächte übergegangene Kriegsfluggerät gefällt. 18 der alten Flugzeuge, die bereits durch den ehemaligen Vertreter der alliierten und assoziierten Hauptmächte, Oberleutnant Strutt, freigegeben wurden, können ihre Flüge wieder aufnehmen. Alles übrige Kriegsfluggerät muß in dessen gerüstet werden. Mit der Herstellung wird sich der Reparationsausschuß der Völkstafelkonferenz befassen. Bezüglich des in Danzig befindlichen Zivilfluggeräts schweben noch Verhandlungen.

**Der Kommunismus in Mitteldeutschland.** Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages stellte der Berichterstatter Abg. von Dreyer fest, daß unter den zur Bestätigung vorgeschlagenen Amtsvorstehern sich solche befunden hätten, die wegen Geld- diebstahls und gemeiner Verbrechen vorbestraft gewesen seien. Weiter seien unter diesen Personen Schiffer gewesen, die dauernd aus ihrem Heimatsort abwesend waren, notorische Alkoholisten und politische Agitatoren, die für die Weltrevolution eingetreten seien. Der als Zeuge geladene Oberpräsidentalrat Dreyer bestritt die Richtigkeit dieser Angaben, ebenso die Mitteilung des Landrats in Sangerhausen, daß ein Amtsvorsteher vorgeschlagen wurde, der in der Wieder-

ausung an einer Veränderung teilnahm. Im Gegenfall zu diesem vom Oberpräsidenten kommenden Bericht habe Dreyer dem Berichterstatter mitgeteilt, daß nur einwandfreie Kandidaten vorgeschlagen würden.

## Rundschau im Auslande.

In Bromberg sind vom 1. Januar 1920 bis zum 1. Juni 1921 20 460 Deutsche abgewandert und 24 356 Polen zugezogen, so daß heute 58 500 Polen 31 381 Deutsche gegenüberstehen.

Nach Berichten aus Dublin werden die Sinnfeind wahrscheinlich die Einladung der englischen Regierung zur Konferenz annehmen.

Der Madrider Ministerrat hat dem spanischen Oberbefehlshaber in Marokko, General Berenguer, das Vertrauen ausgesprochen. Die arabische Artillerie (1) besetzt den spanischen Hauptstützpunkt Melilla.

Das griechische Heer steht jetzt vierzig Meilen südwestlich von Ungara.

**Österreich: Das Burgenland von Österreichern geräumt.**

Das Burgenland ist wieder vollständig von den Deutschösterreichern geräumt. Angesichts der Bedingungen, die die Interalliierte Militärkommission in Debenburg für die Befestigung gestellt hatte, blieb der Wiener Regierung kein anderer Beschluß übrig. Der Westabschnitt wird jetzt zweifellos von den ungarischen Banden überschritten werden, und da die Gefahr eines Angriffs auf die alte Grenze unbedingt besteht, ist entlang dieser Grenze der größte Teil der deutschösterreichischen Wehrmacht zusammengezogen, um die Sicherheit zu gewährleisten.

**Schweiz: Das Weltende vor dem Völkerbund.**

Der Bericht des Völkerbundes bildete den Anlaß zu einer großartigen Debatte über die allgemeine Weltlage. In einer schwingvoll vorgetragenen Rede schilderte der belgische Delegierte Lafontaine, ein sozialistischer Senator, die traurigen Verhältnisse in allen Staaten der Welt. Überall herrscht Elend, ohne daß die Welt den Mut hat, einzugreifen. Von dem Bericht selbst stellte der Redner fest, daß der Völkerbund keinen Fortschritt gemacht habe. Die Qualifikationen für den internationalen Gerichtshof sind nur zögernd eingetroffen. Nur 12 Staaten wollen die Klausel unterzeichnen, die den Gerichtshof obligatorisch macht. Die Welt sei beherrscht von Mißtrauen in den Massen, wie auch bei den Regierenden. Der norwegische Delegierte Ransen bedauerte, daß der Bericht des Rates die unglückliche Lage Rußlands mit keinem Worte erwähnte und forderte dringende Hilfe, ehe es zu spät sei. Auf die Frage, ob die übrige Welt helfen könne, antwortete Ransen, daß es in der Welt sowohl in Amerika wie auch anderswo Lebensmittel genug gebe. Auch Hilfe für den Transport sei zu finden und die russischen Häfen wären im Stande, monatlich 250 000 Tonnen aufzunehmen. Das wäre mehr als nötig. Die Verträge mit Rußland seien vollständig ausgearbeitet, aber es sei die höchste Zeit, daß jetzt geholfen werde.

**Litauen: Ein neuer Wlanplan.**

Der belgische Völkerbundsdelegierte Hyma hat einen neuen Plan zur Befestigung des polnisch-litauischen Konfliktgebietes ausgearbeitet. Hiernach erkennen Polen und Litauen ihre Unabhängigkeit an. Das Vilnagebiet soll im litauischen Gebiet einen selbständigen Kanton bilden. Litauen garantiert Polen freien Zutritt zum Meer und freie Durchfuhr. Was Remei betrifft, so soll eine Einigung erzielt werden, die Litauen die Staatsoberhoheit gewährt, Polen aber jederzeit Benutzung des Hafens für jede Art von Transporten, so auch Munitions- und Kriegsmaterialtransporten, garantiert. Das Abkommen soll einer von der Vilnauer Bevölkerung gewählten Volksvertretung unterbreitet werden. Der Völkerbund überwacht die Ausführung. Nicht aus Wilna kommenden Truppen, die gegenwärtig noch dieses Gebiet besetzt halten, müssen zurückgezogen werden. Das Gleiche gilt von den Beamten. Die litauische Regierung soll in spätestens sechs Monaten die Verwaltung von Wilna übernehmen. Nach vor Ablauf der den Polen und Litauern von Hyma gefesteten Frist zur Beantwortung seines neuen Einigungsvorschlages ist die Antwort Litauens bereits erfolgt. Eine Depesche aus Genf läßt an, daß die litauischen Delegierten Hyma wissen lassen, daß Litauen sich weigere, das neue Angebot anzunehmen.

## Aus Stadt und Land.

**Eine Million Wettgelder „beschlagnahmt“.** In Hamburg wurden einem Zimmermeister P. 1 200 000 Mark Wettgelder entwendet. Es handelt sich um die Einlagegelder der am Wettkonzern „Intern“ beteiligten Mitglieder. Während der Abwesenheit des P. erschienen in dessen Wohnung zwei Männer, die sich als Kriminalbeamte ausgaben und erklärten, daß sie das Geld beschlagnahmen müßten. Die Frau zeigte ihnen den Aufbewahrungsort des Geldes, das sie dann mitnahm. Nach seiner Rückkehr wandte sich der Zimmermeister an die Polizei, die ihm erklärte, daß kein Kriminalbeamter von ihr beauftragt war, eine Beschlagnahme in dem Wettbureau vorzunehmen. Die große Summe ist also Hochstaplern in die Hände gefallen.

**Zur Anknüpfung der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen.** Das japanische Konsulat in Köln teilt mit, daß die medizinischen Fakultäten in Japan eine Summe von 450 000 Mark zur Verteilung unter die deutschen und österreichischen medizinischen Fakultäten gestiftet haben. Auf die Universität Köln entfallen aus dieser Stiftung 10 000 Mark.

**Güneregräber gefunden.** Im Stebinger Moor bei Groß-Sternberg im Bezirk Stade sind zwei gewaltige Steinkammern freigelegt worden, deren Alter man auf rund 5000 Jahre schätzt. Außer einigen Steingeräten, Urnenscherben und einem Tongefäß sind keine neolithischen Funde gemacht worden.

**Zusammenbruch der russischen Presse.** Die russische Presse ist fast völlig durch die herrliche Zeit der Sowjets vernichtet. Im Gouvernement Moskau, das am dichtesten in der föderativen Republik bevölkert und etwa so groß wie Belgien ist, erscheinen nur noch neun Zeitungen. Drei davon konnten aus Papiermangel nicht weiter erscheinen. Nur eine von den neun erscheint noch täglich. Die Auflage des täglich erscheinenden Blattes beträgt 2000. Die Auflagen der fünf anderen sind: 1400, 2600, 1500, 1000 und 2000.

**Der Regen der Sommerzeit.** Nach dem „Journal des Chardonnages“ hat der französische Minister

der öffentlichen Arbeiten auf eine Anfrage aus Deputiertenkreisen die Ersparnis, die durch Einführung der Sommerzeit in Frankreich in den Jahren 1916 bis einschließlich 1920 erzielt worden ist, auf etwa 278 Millionen Franken angegeben.

• Eine seltsame Spezialität hatte ein Dieb, den die Göteborger Polizei kürzlich gefaßt hat: Im Laufe von zwei Monaten hatte er nicht weniger als 125 Bodenleindrücke verübt. Nur an sieben Stellen aber hatte er die Beute gefunden, auf die er es abgesehen hatte, nämlich alte Bücher, von denen er etwa 150 Stück im Gesamtwert von 500 Kronen erbeutete.

**Meine Nachrichten.**

• Der Jahresbezugspreis des Reichsgefesblattes ist von 90 auf 45 Mark herabgesetzt worden.

• In Marburg wurde der Rentier Albert Lorenz nach seiner Wirtin Maria Krause in der Wohnung erschossen aufgefunden.

• Durch schwindelhaftes Angebot von Auslandsgeld und Magdeburger Bädermeister um namhafte Summen geschädigt worden. Der Schwindler war als Regierungskommissar für die mitteldeutschen Wasserstraßen aufgetreten.

• In der Berliner Platinindustrie ist wegen Lohnstreitigkeiten ein Streik der Angestellten ausgebrochen.

• Der deutsche Schwergewichtsmechaniker Breitensträter wurde im Boxkampf in Berlin von dem Engländer Drake nach Punktwertung in 15 Runden geschlagen.

**Gerichtssaal.**

• **Verurteilung des Reichspräsidenten.** Die Stendaler Strafkammer verurteilte den Geschäftsführer des Alldeutschen Verbandes, Rudolf Heidler aus Berlin, der am 5. April in einer öffentlichen Versammlung herabsetzende und beleidigende Ausdrücke über den Reichspräsidenten gebraucht hatte, wegen öffentlicher Beleidigung zu einem Monat Gefängnis.

• **Wegen Steuerhinterziehung verurteilt** das Finanzamt in Stendal sieben Geschäftsleute, die eine halbe Million Mark verschwiegen hatten, zu einer Gesamtstrafe von 300 000 Mark und außerdem zur Einziehung des verschwiegenen Kapitals durch den Staat.

• **Ein betrügerischer Polizeihauptmann** namens Dau hatte sich vor der Braunschweiger Strafkammer wegen Betruges zu verantworten. Er hatte vom Braunschweiger Freistaat die Bestallung erhalten, weil er sich als Mittelmeister a. D. und ehemaliger Polizeihauptmann in den deutschen Kolonien ausgegeben hatte. Man hatte ihn angestellt, ohne sein Vorleben zu prüfen. Auf diese Weise hatte er für die erste Zeit seiner Tätigkeit als Polizeihauptmann von dem Braunschweiger Staat 26 000 Mk. bezogen. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß er Jahrzehnte lang ein Abenteuerleben in aller Welt geführt hat, aber niemals deutscher Offizier gewesen ist. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf 1000 Mark Geldstrafe wegen vollendeten Betruges.

• **Virginia Woll verurteilt.** In dem großen Liebesgabenwindelprozeß gegen die Deutschamerikanerin Virginia Woll wurde folgendes Urteil von einem Berliner Gerichtshof gesprochen: „Die Angeklagte Virginia Woll ist schuldig, bewußt Waren, die ohne die Bezeichnung „Liebesgaben“ nicht hereingelommen wären, nach Deutschland eingeführt zu haben. Der Gerichtshof erkennt daher auf Bestrafung nach dem Gesetz, wonach die Einfuhr von Waren zum Zwecke des freien Handels verboten ist. Eine Schädigung des Staates besteht in der Zollhinterziehung. Unter Zustimmung mildernder Umstände kam das Gericht zu der

Verurteilung von 6 Monaten Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe, und wegen verbotenen Handels zu 500 Mark Geldstrafe.“

**Fremdenflut im besetzten Gebiet.**

Das Rheinland hat in diesem Jahre einen Fremdenverkehr aufzuweisen gehabt, wie nie zuvor. Die Reichsdeutschen haben es sich nicht nehmen lassen, ihre Anteilnahme am Gescheh des besetzten Gebietes durch starken Besuch zu betonen. Sie sind in hellen Scharen gekommen und werden viel gelernt haben. Sie werden die Sorgen und Nöte des besetzten Gebietes jetzt besser verstehen und sie werden auch erkannt haben, daß das Häuflein Deutscher nur gering ist, das nach einer Loslösung der besetzten Gebiete vom Reiche trachtet. An ihrer Preise erkennt man diese Deute und weiß sofort, in weissen Gold sie stehen oder weiß hinverbrannt, von politischer Rindlichkeit zeugenden Ideen sie nachjagen. Auch für die Notwendigkeit der Besetzungslagen werden sich die Reichsdeutschen auf Grund der Verhältnisse im besetzten Gebiet überzeugen können, so daß der große Ferienstrom aus dem Reiche für die Bewohner des besetzten wie des unbesetzten Gebietes sein Gutes gehabt haben dürfte. Man hat sich wieder kennen und verstehen gelernt.

Aber auch die Gegenseite hatte ihre Heerscharen aufgebildet. Weil alle Festlichkeiten und Paraden, alle Verordnungen und Befehle den Bewohner des besetzten Gebietes nicht nach Besten zu gleichen vermochten, weil im Gegenzug sein Herz immer verstockter wurde und er vom fremden Geist nichts wissen wollte, darum hatten sich die Annerkennung und Imperialisten von Paris etwas Neues ausgedacht, um das Verständnis für die französische Kultur und für französische Wesen an den Rhein zu tragen. Der niedrige Stand der deutschen Mark tat dann ein übriges, um das Rheinland von Frankreich her überfluten zu lassen. Am Rhein ist man ja an den starken Zivilisationsstrom französischer Zivilisten hatte man nicht für möglich gehalten. Die ganzen Pariser Boulevards schienen sich auf das Rheinland ergossen zu haben, und Monsieur Chauvin hat der Zahl des Besuches nach sicherlich alle seine Erwartungen erfüllt gesehen. Darüber hinaus aber dürften die Chauvinisten das Nachsehen haben, denn, wer die rheinische Bevölkerung jetzt sprechen hört, der erfährt, daß die Rassenfremdheit gegenüber Frankreich von der rheinischen Bevölkerung nie so klar erkannt worden ist wie jetzt, wo man den Gegenzug so recht vor Augen geführt bekam. Nicht einmal die Keller sind mit den mageren französischen Trinktägeln zufrieden. Es war ein verlorenes Liebesmäh'n, und wenn das Heblatt „Petit Parisien“ gerade jetzt auf Grund des guten Lebens, das die Franzosen am Rhein dank ihres Frankentandes führen können, noch einmal seine Landsleute besonders auffordert, an den Rhein zu fahren und „wie Gott in Deutschland zu leben“, so beweist das nur, daß die französischen Hezer aus aller Erfahrung nicht klug zu werden verstehen. Das für fünfzehn Jahre gesicherte Schlaraffenleben, von dem das genannte Pariser Heblatt spricht, ist dem Rheinländer ganz etwas anderes, als ein Schlaraffenleben, und danach schätzt er Wert und Notwendigkeit der französischen Balutausnäher ein.

Für das Rheinland hat nämlich die Ueberschwemmung mit Besuchern aus balutaustarken Ländern — auch Holland war ungemein stark in diesem Jahre vertreten — nicht nur Vorteile, denn die rheinische Bevölkerung besteht nicht nur aus Gasthofbesitzern

und Fremdenführern. Die Summen, mit denen die Balutausnäher im besetzten Gebiet um sich werfen die Preise, die sie für alles, was sie kaufen, anlegen können, lassen alle Preise nur noch mehr anheben und machen den Preisunterschied zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet immer größer. Darunter aber leidet die Gesamtheit des besetzten Gebietes natürlich mehr als einzelnen Gewerbszweigen Vorteile erwachsen. Vielleicht denken die französischen Propagandisten auch einmal daran, wenn sie die „Schlaraffen“ ins Land treiben, um für das zu werben, was sie in eitlem Selbstüberhebung als die unvergleichliche französische Kultur bezeichnen, von der man reichlich am Rhein nichts wissen will. Rhomanus.

**Beste Nachrichten**

Kante verhaftet.

Berlin. Kante, der sich vor einigen Tagen wegen angeblicher Nervensüberreizung in ein Sanatorium flüchtete, wurde am Sonnabend im Sanatorium Westend verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis überführt. Die Staatsanwaltschaft hat festgestellt, daß die Unterbilanz beim Kante-Konzern rund 60 Millionen Mark beträgt.

**Rücktritt des polnischen Kabinetts.**

Warschau, 10. September. Die Schwierigkeiten der Finanzen und der ungünstige Stand der Valuta, die den Finanzminister, der die Verhältnisse nicht mehr meistern konnte, den Rücktritt nahe legten, haben nun das ganze Kabinett zum Sturz gebracht, das Kabinett Witos ist zurückgetreten.

**Der Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr.**

München, 12. September. Die Kunde vom Rücktritt des Ministerpräsidenten wird amtlich in folgender Form mitgeteilt: Nach dem Beschlusse des ständigen Landtagsausschusses sollte sich die bayerische Regierung der Reichsregierung gegenüber bereit erklären, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näher zu treten, nachdem die Verordnung des Reichspräsidenten über Zeitungsverbote entsprechend dem Beschlusse des Landtagsausschusses abgeändert werde. Die bayerische Regierung hatte heute Sonntag beim bayerischen Landtagsausschuß den Zusatz beantragt, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern dann nähergetreten werden sollte, wenn es die Verhältnisse gestatten. Dieser Zusatz ist heute vom ständigen Landtagsausschuß abgelehnt worden. Ministerpräsident Dr. von Kahr und Justizminister Dr. Roth sind deshalb zurückgetreten. Der Ministerrat wird nunmehr Montag vormittag zusammentreten.

In politischen Kreisen hat der Rücktritt des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr nicht mehr überrascht, weil man nach den Ergebnissen der heutigen Landtagsabstimmung bereits damit gerechnet hatte. Als Kandidat für den Posten des Ministerpräsidenten dürfte voraussichtlich nur der Abgeordnete Dr. Knilling in Betracht kommen, der bis zum November 1914 der bayerischen Regierung als Kultusminister angehört hatte.

Bestes, weisses, marktreifes

**Weizenmehl**

empfehlen

Bernhard Heise, Ratsmühle Dippoldiswalde.

**Witmer,**  
Mitte 40er Jahre, mit etwas Verrücken, wünscht sich wieder mit einer Dame oder Witwe glücklich zu verheiraten, womöglich Ehefrau. Off. u. „R. M. 50“ an die Geschäftsstelle.

**6000 M.**  
auf Grundstück zu leihen gesucht. Offerten unter „S. D. 40“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Ein großer Posten **neue Militär-Schnürschuhe** ist eingetroffen und verlässt billig. Erwin Seitz, Reichsstadt 127 b.

**Schulmädchen**  
Die leichte Aufwartung sofort gesucht. Wo, ist die Geschäftsstelle.

Weiße laufige **Birnen,** 1 1/2 Pf. 75 Pf., von 10 Pf. an billiger, verkauft Ernst Dippoldiswalde, Freiburger Platz.

**Dreschmaschinen-Oel**  
sowie sämtliche Motoren-Maschinen-Oel usw. wie auch alle anderen einschlägigen Mittel empfiehlt L. Beckmann & Co.

**Hermann Lommagisch,** Drogerie zum Elefanten, Dippoldiswalde.

**Bruchkranke**  
können ohne Operation und Berufsunfähigkeit geheilt werden. Sprechstunden in Dresden, Lütichowstraße 29, I., bei Paul, am 16. September von 9-1 Uhr.  
**Dr. med. Knopf,** Spezialarzt für Bruchleiden

**Deutscher Schäferhund,**  
auf den Namen „Dux“ hörend, ohne Steuern, e n t a n f e n. Vor Ankauf wird gewarnt. Gegen Belohnung erbitet Auskunftsmittlung Kempe, Rabenau, Dittstraße 5.

**Henko**  
Hornel's Wasch-Weich-Soda  
unverwundlich für Gläser und Porzellan.  
Hersteller: Hornel & Co., Dippoldiswalde

**Ein Pferd,**  
sicherer Einspanner, mittelstark, baldigst zu kaufen gesucht.  
Käfers Otto Hamming, Wuppendorf, Tel. 123.

**Perfekte Kistenbauer**  
Holt ein **Egewart Seifersdorf.**  
  
Original ostfries. und Oldenburger Wefermarsch Zuchtviehverkauf.  
Wir zeigen ergebenst an, daß wir mit einem frischen Transport von 45 Stück junger, hochtragender und frischmelker Kühe, hochtragender Kalben sowie Herdbuchbullen, alles in bester Qualität eingetroffen sind, die wir nach beendeter Quarantäne ab Mittwoch den 21. d. M. zu günstigen Preisen unter streng reellster Bedienung und den kulantesten Bedingungen bei uns zum Verkauf stellen. Schluß totes jeder Art wird in Zahlung genommen.  
**Sainsberg Sa. Emil Kästner & Co.**  
Bernau Deuben 296.

**Mehrere Stuhl- und Sessel-Bauer**  
für dauernde Beschäftigung stellt sofort ein  
**Weißeritztalwerk G. m. b. H.,** Dippoldiswalde i. Sa.

**Drucksachen**  
Eine gelbe **Gießkanne** ist am 11. August auf der Kue stehen geblieben. Bitte dieselbe gegen Belohnung in der Polizeiwache abzugeben.  
Besert  
Buchsdruckerei Carl Jehne, D.

Statt Karten.  
Für die uns anlässlich unserer Verlobung in so reichem Maße teilhaftig gewordenen Geschenke und Glückwünsche sagen wir gleichzeitig im Namen unserer Eltern allen unseren **herzlichsten Dank.**  
Schwieberberg und Oberdörschütz, am 10. September 1921.  
**Irene Grunert — Max Vogt.**

**Turnverein Dippoldiswalde** (D. T.)  
Sonntag den 18. September  
**Abturnen.**  
Vormittags: Volkstänze, Wettturnen für alle Abteilungen.  
Nachmittags: Schanturnen und Spiele.  
Abends: Ball im „Schützenhaus“.  
- Näheres wird noch bekannt gegeben.  
Für den Abend benötigte Einladungskarten wollen unsere Mitglieder bei unserem Schriftführer, Herrn Buchdruckerei, Fritz Jehne entnehmen.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet der Turnrat.

**Weizen, Roggen, Hafer und Gerste**  
kaufen zu höchsten Tagespreisen  
**Chrlisch & Hillig, Pößendorf.**  
Tel. Deuben 2075, Reichssta. 10.

**Hafer kauft**  
zum höchsten Tagespreis  
**Louis Schmidt, Dippoldiswalde.**

## Von Woche zu Woche.

**Wandbemerkungen zur Zeitgeschichte.**

Es kommt manchmal ganz anders, wie man es sich gedacht hatte. Dieser Seufzer der enttäuschten Leute ist in der Politik besonders häufig am Platze. Auf das Attentat von Griesbach folgte die Notverordnung des Reichspräsidenten. Was wurde bei weid? Abwehr der gewalttätigen Feinde der bestehenden Staatsordnung, also Mobilmachung und Sammlung aller Kräfte, die für die Verfassung und den inneren Frieden eintreten. Und was wurde erreicht? Zunächst ein Bruderzwist im deutschen Hause, eine Spannung zwischen Berlin und München, die so ernst aussah, als ob alle politischen Brücken über den Main in die Luft stiegen sollten. Darob konnten sich alle Umsturzlustigen in's Häufchen lagern, und die Verteidiger der Verfassung mußten vorläufig des gezückten Schwert in die linke Hand nehmen, um mit der Rechten den Miß im Reichsturm zu schließen.

Wer hat schuld? Mit Vorwürfen und Drohungen war die Eintracht nicht wieder herzustellen; also verhandelt man freundschaftlich und vertraulich. Es heißt, daß alles für ein Versöhnungsfest in der nächsten Woche vorbereitet sei, nachdem Bayern für den Verzicht auf seinen besonderen Ausnahmezustand einige beruhigende Zugeständnisse erhalten hatte.

Auch in Preußen erhoffte man von den jüngsten Erfahrungen eine Förderung des Zusammenschlusses der verfassungstreuen Parteien. Stegerwald, der zähe Ministerpräsident, regt wieder Verhandlungen an über die breite Koalition der Mitte von Scheidemann bis Stresemann einschließend. Aber die Mehrheitssozialisten wollten sich noch nicht in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einlassen, sondern lieber die Führung nach links sich bewahren. Das preussische Ministerium bleibt also immer noch provisorisch.

Als ob wir an Räten und Gefahren noch nicht genug hätten, ist neuerdings noch eine schlimme Zeitkrankheit ausgebrochen: ein Spekulationsfieber, ein Börsentaumel, ein toller Tanz um das vermeintlich goldene Kalb. Tausende bilden sich ein, sie könnten riesige Gewinne machen, wenn sie Dividendenpapiere kaufen. Sie glauben, den gewerkschaftlichen Spekulanten an der Börse die Butter vom Brote nehmen zu können. Einige sagen, die unerhörte Preissteigerung sei verursacht durch die fortschreitende Entwertung der deutschen Mark. Andere vermuten, daß gewisse Spekulanten zielbewußt auf die Entwertung des deutschen Geldes hinarbeiten, um die Wertgegenstände nach sog. Sachwerten zu reizen und bei der wilden Hausse ihren Schnitt zu machen. Jetzt ist es so weit gekommen, daß wir für den amerikanischen Dollar, der früher 4 Mark 20 Pf. galt, jetzt 100 Mark bezahlen werden müssen. Wer trägt den sozialen Schaden? Zunächst die Reichskasse, die für die Zahlungen an die Entente jetzt Milliarden mehr ausgeben muß. Und wer wird fluchen und weinen, wenn der unvermeidliche Börsenkrach kommt? Das blindgerige Publikum, das auf den überbeurteilten Aktien sitzen bleibt. Sehe jeder sich vor, daß er nicht zu den Leuten gehört, die der Hund beißt.

Für uns bedrängte Deutsche ist es ein magerer Trost, wenn wir sehen, daß die Sieger auch ihre Sorgen, ihre Unzufriedenheiten, ihren Necker haben. Die Herrschaften von der Entente streiten sich um die Verteilung der Goldbeute aus Deutschland. England kann wieder mit Frankreich in's Reine kommen, noch mit seinem auffälligen Irland. Auch der Völkerbund, der wieder einmal eine Galavorstellung halten wollte, hat harte Risse zu knaden. Außer der verzweifeltsten oberösterreichischen Frage soll er auch den Streit zwischen Bolivien und Chile wegen eines grausamen Friedensvertrages erledigen. Da sitzt er in der Klemme; denn wenn er das Eingreifen ablehnt, erklärt er sich selber für unnütz, und wenn er darauf eingeht, so kann er nächstens auch den Vertrag von Versailles und das Ultimatum von London auf seine Tagesordnung bekommen.

Die Welt ist aus den Fugen. Bei den bisherigen Versuchen zur Einkantung will es nicht besser, sondern immer schlimmer werden.

## Ein Wunder der Technik.

**Drahtloses Telephon Berlin-Kopenhagen.**

Die deutsche drahtlose Telephonie wird ständig weiter ausgebaut und kann soeben einen neuen sehr bedeutenden Erfolg verzeichnen:

Es ist vor kurzem gelungen, einen normalen Wechselstromverkehr vom Berliner Osttelephonamt über die Hauptfunkstelle Königswusterhausen mit Kopenhagen auf drahtlosem Wege durchzuführen.

Von zuständiger Seite wird dazu erklärt: „Die Versuche sind von dem Telegraphen-technischen Reichsamt gemeinsam mit der C. Lorenz A.-G. mit einer von dieser Firma errichteten Poulson-Anlage in Nyngby-Kopenhagen angestellt worden. Die Anordnung war bei den Versuchen so getroffen, daß bei Teilnehmer über das Ostney Berlin mit der drahtlosen Station Königswusterhausen zum Sprechen verbunden wurde, während er gleichzeitig zum Hörer auf eine in Berlin befindliche drahtlose Empfangsstation geschaltet war. In Nyngby waren dieselben Verhältnisse geschaffen. Für den uneingeweihten Teilnehmer war während des Gesprächs nicht bemerkbar, ob er

auf einer Kabelleitung oder drahtlos gesprochen hatte. Es konnte nur auffallen, daß die Klangfarbe reiner und der Empfang lauter war als bei der Verwendung einer Drahtleitung. Der drahtlose Verkehr zwischen Berlin und Kopenhagen spielte sich genau so ab, wie auf einer Drahtleitung, wobei der Teilnehmer, wenn er z. B. ein Wort der Gegenseite nicht richtig verstanden hatte, sofort unterbrechen und sich die letzten Worte wiederholen lassen konnte. Die Lautstärke, Reinheit der Sprache und Klangfarbe war ausgezeichnet, sogar zu Zeiten, wo ziemlich starke Störer einsetzten, obgleich die für den Versuch in Betracht kommenden drahtlosen Stationen nur mit ganz geringer Energie gearbeitet haben. Jeder einzelne Teilnehmer des Ostneyses Berlin hätte von seinem normalen Postapparat aus das drahtlose Gespräch führen können. Dieser Versuch ist der erste eines gegenseitigen drahtlosen Sprechverkehrs zwischen Deutschland und dem Auslande.

Die enorme wirtschaftliche Bedeutung dieses Erfolges liegt darin, daß die drahtlose Telephonie bald einen vollen Ersatz für Uebersee-Kabel auf große Entfernungen bilden wird. Auch im Schiffsverkehr werden diese Erfolge zu einer unwägbaren Aenderung der Stationen für drahtlose Telegraphie auf Schiffen führen. Die Reedereien werden durch die fortschreitende Technik in der drahtlosen Telephonie dazu veranlaßt werden, ihrerseits auf ihren großen Passagierschiffen drahtlose Telephoniestationen einzubauen, damit die Reisenden auch auf hoher See sich drahtlos mit ihrem Geschäft oder ihrer Wohnung verbinden lassen können.

## Das Valutaelend.

**Ursachen und Wirkungen.**

Die Entwertung unserer Valuta geht unauffällig weiter. Wer gehofft hatte, daß nach Zahlung der ersten Reparationsmilliarde am 1. September der schon heruntergebrachte Kurs der Reichsmark sich langsam wieder erholen würde, ist bitter enttäuscht worden. Am 8. September ist der Dollar, der vor dem Kriege gegen 4,20 Mark umgewechselt wurde, an der Berliner Börse auf 97,15 Mark gestiegen, im freien Kurs schnellte der Kurs für amerikanische Devisen sogar auf 101 Mark empor. Damit ist bei nahe der höchste Kursstand erreicht, den der Dollar im Januar 1920 mit 108 in Deutschland erreicht hatte. Die deutsche Reichsmark, die vom Reichsfiskus bei der ersten Steuerrede als Groschenmark charakterisiert wurde, ist heute also im Ausland nicht mehr die Hälfte einer Groschenmark wert. Gleichzeitig mit dem Dollar sind sämtliche anderen Auslandsdevisen unauffällig und rasch im Preise gestiegen, selbst die österreichische Krone konnte sich etwas festigen, die Entwertung der Reichsmark ist also allenthalben auf der ganzen Linie erfolgt.

Die Gründe dieser verhängnisvollen Abwärtsbewegung der deutschen Valuta sind sehr verschieden. In erster Linie wird der tiefe Valutastand verschuldet durch die im Friedensvertrag und im Londoner Ultimatum erprehten dauernden Goldzahlungen an die Entente. Kaum ist eine Reparationszahlung geleistet, muß die Regierung bereits für die Innehaltung des nächsten Zahlungstermins sorgen und sich die nötigen Devisen zur Bezahlung der Reparationsschuld zu verschaffen suchen. Die wachsende Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln wird zu einer dauernden Erscheinung, das Angebot dagegen wird immer geringer, da krasser Egoismus und pure Gewinnsucht die Devisenbesitzer ihr kostbares Gut zurückhalten läßt. Bis insolge höheren Kursstandes ein höherer „Verdienst“ zu erwarten ist. Diese Zustände werden sich noch verschlimmern und geradezu katastrophale Folgen für unser ganzes Wirtschaftsleben haben, wenn die Entente sich weiter hartnäckig einer Revision der Reparation entzieht oder uns nicht wenigstens durch eine Aenderung der Zahlungsmodalitäten der Reparationsbedingungen eine Erleichterung gemährt. Wenn die Regierung gezwungen ist, Gold, also Dollars, zu kaufen, um ihre Zahlungsverpflichtungen einzulösen, dann wird der Dollarkurs unvermeidlich weiter in die Höhe getrieben und unser Valutaelend ins Unermessliche gesteigert. Stellt die Garantiekommision uns dagegen frei, in Dollars, Pfunden oder Franken bezahlen zu können, so daß wir die Valuta, in der wir bezahlen wollen, frei wählen können, so wäre nach Ansicht führender Persönlichkeiten der deutschen Hochfinanz für uns schon dadurch eine große Erleichterung geschaffen.

Der jähe Sturz der Reichsmark hat aber noch einen zweiten Grund, und zwar sind wir an der ganzen Entwicklung selbst nicht ganz unschuldig. Der Jerd der augenblicklichen Waisbewegung für die Mark liegt, so unglücklich es klingen mag, in Deutschland selbst. Die New Yorker Börse hat die Mark in der letzten Zeit stets über die Berliner Börsenparität bewertet, ein Zeichen, daß im Ausland zunächst kein besonderes Mißtrauen gegen Deutschland besteht, der deutsche Pessimismus verschuldet vielmehr in hohem Maße die augenblickliche Katastrophe. Die Flucht aus der Reichsmark, die Devisenjambone hat in großem Maßstabe eingesetzt. Die Besitzer von Papiergeld flüchten ihre Kapitalien weiter in Sachwerte.

Eine jägellose Spekulationswut hat viele Schichten der Bevölkerung ergriffen und letzten Endes die gegenwärtige Panik auf dem Markt der deutschen Valuta verursacht. An den Wertpapierbörsen herrschte in den letzten Tagen ein solcher Ansturm, daß z. B. die Berliner Börse sich nur durch eine mehrstündige Schließung der Börse zu helfen mußte,

damit die Banken die ihnen erteilten Aufträge ausarbeiten können. Bis Montag ruht der offizielle Börsenverkehr in Berlin bis auf die amtlichen Notierungen der Devisen vollkommen. Ob durch solche Bewaltmaßnahmen die Börsenflut gedämmt werden kann, steht dahin.

Im Ausland wirkt das weitere Sinken des Marktkurses sehr beunruhigend. Die österreichische Krone ist schon so weit gesunken, daß Oesterreich keine Entschädigung mehr zahlen kann, sondern internationaler Unterstützung bedarf. Die französische Presse befürchtet, daß Deutschland in Kürze ebenfalls kommen wird und benützt die Gelegenheit, um für die Politik der „Garantien“ Propaganda zu machen. Die Befestigung des Ruhrreviers wird als das einzige Mittel gepriesen, Deutschland zu zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Diese unverhüllten Drohungen zeigen deutlich, wie ringend notwendig der Kampf gegen die jägelloseiten der Spekulation geworden ist. Aufgabe der Regierung und des Reichstages wird es sein, in nächster Stunde einzugreifen, wenn Deutschland nicht wieder neuen Krisen entgegengetrieben soll.

## Differenzzahlung bei Nichtablieferung von Saatgetreide.

Der Reichsernährungsminister hat verfügt:

Auf Grund des § 19 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (Reichs-Gesetzblatt S. 737) erkläre ich mich damit einverstanden, daß ein Erzeuger, soweit er nachweist, daß er unter Berücksichtigung des eigenen Wirtschaftsbedarfs anerkanntes Saatgut erster Ab-saat von Winterroggen, Winterweizen und Wintergerste abliefern müßte, sich von der Verpflichtung zur Lieferung anstatt zur Zahlung des dem Unterschiede zwischen dem Umlagepreis und dem Marktpreis für freies Getreide entsprechenden Betrages durch Zahlung von 1000 Mark (Eintausend Mark) für die Tonne befreien kann. Der Betrag von 1000 Mark vermindert sich in den Gebieten, in denen die Preise für das Umlagegetreide gemäß dem dortigen Rundschreiben vom 4. August 1921 - RM. 1831 A. 153 - erhöht worden sind, also in dem zurzeit besetzten Gebiete des Westens, sowie in den Provinzen Oberschlesien und Ostpreußen, um den Betrag dieser Erhöhung, also bei Winterroggen um 150 Mk., bei Winterweizen um 160 Mk. und bei Wintergerste um 140 Mk. Diese Bestimmung gilt nur für die erste Abfaat.

## Technik und Landwirtschaft.

Der Ost-Europa-Markt, das von der Ostmesse Königsberg i. P. herausgegebene Blatt, hat in einer Sondernummer die noch immer nicht genügend gepflegten Beziehungen zwischen Technik und Landwirtschaft zum Gegenstand einer besonderen Umfrage gemacht. Begreiflicherweise werden die hier maßgebenden Kreise an diesen Ausschnitt unseres Wirtschaftslebens mehr unter dem Gesichtswinkel der Industrie und des Handels herangerufen sein. Dennoch ist es dabei zu Festlegungen gekommen, die haben und drüber als willkommene Klärung betrachtet werden können.

Die Frage, ob besonders in der ostdeutschen Landwirtschaft die Erzeugung durch vermehrte Anwendung von Maschinen gesteigert werden könne, ist von allen Seiten bejaht worden. Unterstreichen verdient dabei aber der von der pommerischen Landwirtschaftskammer ausgesprochene Gedanke: „Die Produktionssteigerung hängt nicht nur davon ab, daß die Hauptmaschinen benutzt werden, sondern wie sie benutzt werden. Maschinen sollen nicht billiger, sondern mehr und besser arbeiten; darin liegt die große Wertsteigerung der Wirtschaft.“

Kein Zweifel, daß sich die Landwirtschaft an die unheimlich gestiegenen Preise landwirtschaftlicher Maschinen erst allmählich gewöhnen muß, und daß diese Anpassung um so schneller von Statten gehen wird, als der einzelne Landwirt es selbst in der Hand hat, sich für seine Erzeugnisse auf der ganzen Linie auskömmliche Preise zu sichern. Wird jetzt darüber gesagt, daß im Osten insbesondere der Großgrundbesitz als Käufer von Maschinen noch Zurückhaltung gezeigt habe, so ist das erklärlich, weil seine Wirtschaft in erster Linie auf den Getreidebau eingestellt ist und so am längsten mit den bekannten „künstlich niedrig gehaltenen“ Preisen zu rechnen hatte. Aber auch all-gemein genommen wird die Zwangswirtschaft die Reingung, Neuanfassungen auszuweichen und dafür alte und älteste Maschinen immer wieder reparieren zu lassen, wesentlich gesteigert haben. Ist jetzt mit dieser - reinlich zu sprechen - Warenderressur im wesentlichen ausgeräumt, so wird auch der Entschluß, nicht Papiergeld anzuhäufen, sondern Sachwerte anzuschaffen, immer stärkere Fortschritte machen, und von Jahr zu Jahr wird klarer hervortreten, daß der Abbau der Zwangswirtschaft befruchtend auch auf Handel und Industrie und damit auch auf weiteste großstädtische Arbeiterkreise wirkt.

Die Landwirtschaft selbst hat sich zur Hebung ihrer Technik inzwischen allgemein mit dem Gedanken der Beispieldwirtschaften befreundet. Die Nutzenwendung für die Industrie dürfte nahelegen. Auch für das landwirtschaftliche Maschinenwesen wird es ein Quell der Verbreitung und der Vervollständigung sein, die noch nicht hinreichend bekannte Maschinen und Geräte im kleinen Dorfverein, bei gelegentlichen kommunalen Versammlungen, bei Landbunttagungen usw. vorzuführen und so das Verständnis für landwirtschaftliche

Maschinen stetig zu vertiefen. Auch der Dorfschmied spielt hier eine nicht unwichtige Rolle. Je mehr er mit dem Wesen der einzelnen Maschinen vertraut ist, um so seltener werden gute Maschinen durch ungewöhnliche Reparaturen verpuscht, um so häufiger wird er gerade in den Kreisen der kleineren Besitzer zum Absatz von Maschinen beitragen können.

Die Sache liegt freilich nicht so, daß die Industrie immer von oben herab auf die rückständige Landwirtschaft schelten könne, die es immer nur am alten festhaltend, am Verständnis für neuzeitliche Errungenschaften fehlen lasse. Rein, die Industrie hat auch bei der Landwirtschaft in die Lehre zu gehen. Letzten Endes wird ja der Ingenieur das Beste leisten, der etwas von praktischer Landwirtschaft versteht und auf Grund eigener Arbeit in der Landwirtschaft ein Urteil darüber fällen kann, welche Anforderungen der Bauer an die Maschine zu stellen hat, und welche Schwierigkeiten insbesondere des Bodens und der Beuteverhältnisse hier in Betracht kommen. Man darf vertrauen, daß die Verhältnisse von selbst Landwirtschaft und Industrie in der eben geschilderten Weise allmählich immer mehr Hand in Hand gehen lassen.

## Stand der Maul- und Klauenfeuche.

Bedauerlicherweise ist die Seuche, die seit dem 15. Oktober 1920, ihrem Höchststand mit 195 943 Geheften, bis zum 31. Mai 1921 stetig zurückgegangen war — die Zahl der verseuchten Gehefte betrug nur noch 2560 —, vom 15. Juni 1921 ab wieder im Steigen begriffen. Im Deutschen Reich wurden am 15. August 1921 schon wieder 3204 verseuchte Gehefte gezählt. Das bedeutet eine Zunahme vom 31. Mai zum 15. August 1921 um 25 Prozent. Die Seuchenherde, in denen das erneute Ausflutern wieder vor sich geht, sind wie beim Stande am 31. Juni 1921 wiederum die preussischen Regierungsbezirke Stettin mit 177 und Köslin mit 349, sowie der bayerische Bezirk Schwaben mit 137 neu verseuchten Geheften.

Der deutschen Landwirtschaft muß immer wieder zugerufen werden: Beachtet die veterinär-polizeilichen Vorschriften zur Bekämpfung der Maul- und Klauenfeuche auf das gewissenhafteste!

## Aus Stadt und Land.

**Kommunistische Ausschreitungen in Braunschweig.** Zu Ausschreitungen kam es, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet, an verschiedenen Stellen der Stadt aus Anlaß einer vom Stahlhelm einberufenen Monatsversammlung. Kommunistische Elemente unter Führung der kommunistischen Landtagsabgeordneten stürmten das Stadtquartier des Stahlhelms und durchsuchten die Räume. Dann zogen sie zum Versammlungsort. Dort wurden sämtliche aus der Stadt kommenden Straßenbahnwagen angehalten und nach Stahlhelmlisten durchsucht. Verschiedene Personen wurden schwer mißhandelt und verletzt. Einen ehemaligen Leutnant wollte man in die Oker werfen. Es wurde auch geschossen. Als die Unruhen größeren Umfang anzunehmen drohten, rückte eine Abteilung Polizei an, die mit Jöhlen und Beschimpfungen umzugehen wurde. Es gelang ihr schließlich, die Menge auseinander zu treiben, die sich dann in verschiedenen Straßen der Stadt verteilte und dort vielfach Unfug verübte.

**Ihre eigenen Kinder ermordet.** In einem Unfall geistiger Umnachtung schnitt die Bergmannsrau Beck in Gänzen ihren drei Kindern mit einem Rasiermesser die Kehle durch. Der älteste Sohn verfuhr zu entfliehen. Er wurde aber von der Rasiermesser eingeholt und verlor so dem Schicksal seiner Geschwister. Als man in das Schlafzimmer eindrang fand man die Frau teilnahmslos bei den Leichen der ermordeten Kinder sitzen. Man brachte die Frau zur Polizei, wo sie sofort in einen tiefen Schlaf versiel. Als sie wieder erwachte, war ihr jede Erinnerung an das Vorgefallene verschwunden.

**Schloß Nottleben verbrannt.** Reiche Beute machten Eindringler, die in das Schloß Nottleben bei Frankenhäusen einbrachen. Sie stahlen zahlreiche äußerst wertvolle Kunstgegenstände, Gemälde sowie Gold- und Silbergeräte. Vorläufig fehlt von den Dieben jede Spur.

**Polnischer Verbrechensklub.** In Königsblütt umkreisten zwei verdächtig erscheinende Personen die Apotheke. Sie erkundigten sich bei einem Mädchen nach der Stärke der dort stationierten Apotheke und ihrer Rationierkarte. Das Mädchen machte den Vorposten auf die beiden Banditen aufmerksam und dieser schritt mit Hilfe eines anderen Apothekebesitzer zu ihrer Festnahme. Die Festgenommenen waren die Polenführer Watolla und Borel aus Chorzow. Dem Watolla der während des Aufstandes polnischer Kampagnenführer gewesen war, wurde bei der Festnahme eine Pistole mit 14 Schuß abgenommen. Borel führte eine große selbstangefertigte Dynamitbombe bei sich. Etwa eine Stunde nach der Einlieferung in das Gefängnis erschien der polnische Oberhauptmann, dem der Apothekebesitzer in Chorzow untersteht und verlangte, angeblich auf Befehl der Interalliierten Kommission, die Herausgabe der beiden Verbrecher. Er nahm auch Bomben und Pistole mit sich und fuhr mit den beiden Verbrechern im Auto nach Chorzow. Hier wurden sie freigelassen und erhielten Pistole und Bombe zurück.

**Bombenexplosion im Kurhaus.** Nach einer Meldung aus Turin wurde in das Kurhaus in Barazza während der Musikspiele und eine große Menge sich im Saal befand, eine Bombe geworfen. Die Wirkung der Explosion war furchtbar. Fünf Frauen und fünf Kinder sind schwer verletzt. Bedeutender Sachschaden ist angerichtet worden. Man glaubt, daß es sich nicht um einen anarchistischen Anschlag, sondern um einer Missetat gegen den Besitzer des Kurhauses handelt.

**Wertvolle „Schuldverschreibungen“.** Bei der Ankunft der „Zeeland“, eines aus Antwerpen kommenden Passagierdampfers in Newyork, wurde ein Angehöriger vom Besatzungsdienst des Schiffspersonals verhaftet. Er trug ein Paket bei sich, das nach sei-

nen Erklärungen Schuldverschreibungen der Regierung enthielt, deren Ablieferung er gegen eine Belohnung übernommen hatte. Die Prüfung des Pakets führte zur Entdeckung von fünf Diamanten im Werte von 100 000 Dollars. Der Angeklagte erklärte, daß es selbst getäuscht worden sei und nannte den Namen des Empfängers, der Juwelier ist.

## Keine Nachrichten.

Der dreihöckige Streif, der die Verfrachtung und die Abfertigung in dem Hafengebäude von Mainz, Mainzkapfel und Gustavsburg stillet, ist beigelegt.

## Volkswirtschaft.

**Die Verkehrlage im Ruhrrevier.** Die betriebliche Lage im Ruhrbezirk war in der vergangenen Woche wie in den Vorwochen weiter günstig. Die Heranführung offener Wagen zur Ruhr aus dem gesamten Ausführungsgebiet wurde so energisch betrieben, daß den Anforderungen für Brennstoffe immer mehr genügt werden konnte. Ausfälle sind in den letzten Tagen nicht mehr entstanden. Auch die Befüllung offener Wagen für andere Güter konnte wesentlich verbessert werden. Dagegen waren die Bestände an gedeckten Wagen weiterhin so niedrig, daß kaum die dringendsten Bedürfnisse befriedigt werden konnten. Es ist zu hoffen, daß der Mangel bei anhaltend günstigen Beständen an offenen Wagen durch Heranziehung solcher Wagen als Ersatz für fehlende gedeckte Wagen in nächster Zeit etwas gemildert werden kann.

**Keine minderwertige Ware ins Ausland.** Von sehr beachtenswerter ausländischer Seite liegen den Reichsverband der deutschen Industrie erneut Mitteilungen vor, daß die in den letzten Kriegsjahren und in der ersten Uebergangszeit oft beklagte Lieferung minderwertiger Ware ins Auslandsgeschäft doch noch nicht ganz aufgehört hat. Die Bemühungen der deutschen Industrie, den elten Ruf der Qualitätsarbeit wieder zu erreichen, haben wohl im großen und ganzen Erfolg gehabt. Desto mehr muß vereinzelt Schundlieferanten entgegengetreten werden, die dem Ruf der deutschen Ausfuhrindustrie schaden. Ebenso wird im Ausland vielfach noch mit Recht über rücksichtslose Zahlungsbedingungen geklagt, denen oft gerade bei den bezeichneten Firmen die Pünktlichkeit der Lieferung nicht entspricht.

**Freigabe von Braunkohle, Grubekoks und Raspreßsteinen.** Um die Hausbrandversorgung im Winter möglichst zu erleichtern, beabsichtigt die Regierung, Braunkohle, Grubekoks und Raspreßsteine von der Wirtschaftsfreiheit freizugeben. Der Kohlenausschuß des Reichswirtschaftsrates wird in einer Sitzung am 12. u. 13. d. Mts. zu der geplanten Maßregel Stellung nehmen.

**Traber-Weltrekord.** In Amerika hat in Meadeville der fünfjährige Wallach Peter Manning die Meile (1609 Meter) in zwei Minuten zurückgelegt und damit den Weltrekord von Hamburg Welles, aufgestellt 1909, um 1/4 Sekunde überboten.

## Bereine und Versammlungen.

**Juristentag in Bamberg.** Reichsjustizminister Schiffer wird mit mehreren Herren vom Reichsjustizministerium zum 32. Deutschen Juristentag in Bamberg erwartet; er gedenkt dort eine Rede über die politische Lage Deutschlands zu halten. Im ganzen haben sich bis jetzt 620 Teilnehmer für den Juristentag angemeldet, gegenüber 190 Anmeldungen bei der Tagung im Jahre 1900.

**Tagung des Deutschen Großhandels.** Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hält am 14. und 15. September in München eine Tagung ab, in der besonders die wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen, die Preistreibeleggebung und die Steuerläne der Regierung behandelt werden.

## Reichstreue.

Während man während des Krieges oft genuverjucht hat, von außen her die Einheit des Reiches zu sprengen und vor allem Bayern zum Abfall von Deutschen Reich zu bewegen, ist in den letzten Monaten in Bayern selbst ein anscheinend so tiefgehender Gegenatz zum übrigen Deutschland entstanden, daß gerade jetzt, in den schweren innerpolitischen Wirren, im Süden der Gedanke propagiert wird, aus dem Reichsverband auszuschleiden. Obwohl das bayerische Volk in seine Gesamtheit zur Einheit des Reiches sich bekennt, könnte doch der Gedanke eines Tages Tat werden. Daher ist vielfach eine kurze Betrachtung darüber, durch welche starken wirtschaftlichen Interessen Bayern den Reich verbunden ist, und was es ohne das Deutsche Reich sein würde, wohl angebracht. Zunächst ist Bayern für seine aufblühende Industrie auf Kohle und Eisenenergie aus dem übrigen Deutschland angewiesen. Ein Abschneiden von den norddeutschen Bezugsquellen würde jede Entwicklung im Reine ersticken. Für sein landwirtschaftlichen Produkte ist der Norden des Reiches das gegebene Absatzgebiet. Die landwirtschaftliche Bevölkerung, die in Bayern 40 Prozent der Gesamtbölkung ausmacht, wäre durch ein Ausschleiden aus dem Reich aus schwerste geschädigt, abgesehen davon, daß sie ihre künstlichen Düngemittel von da bezieht. — Bayerns wirtschaftliche Zukunft hängt zu erheblichem Teil mit der Verwirklichung der weitgesteckten Ziele seiner großartigen Donaupolitik zusammen. Aus dem früher rein landwirtschaftlichen Bayern ist nicht zuletzt durch die Donau ein Verkehrs Brennpunkt geworden. Durch die geplante Rhein-Donau-Verbindung wird diese Entwicklung gefördert werden. Hier aber tritt das Reich mit Geldhilfe ein und hat auch die Vorarbeiten und den Beginn der technischen Arbeiten zum Ausbau des Rhein-Donau-Kanals, der ja vor allem Bayern zugute käme, ins Werk gesetzt. Auch durch diese neuen Verkehrsstraßen wird die Verbindung von Nord- und Süddeutschland noch enger werden, als sie jetzt schon ist. Eine Loslösung heute aber wäre wirtschaftlicher Ruin des dann auf sich selbst angewiesenen Landes. Kein fremder Staat, auch Deutsch-Oesterreich nicht, könnte ersetzen, was durch

Loslösung vom Norden verloren ginge. Darum darf trotz augenblicklicher Verdrängerung und Mißstimmung gegen das Reich die vor 50 Jahren so schwer erkämpfte Reichseinheit nicht aufgegeben werden. Die Deutschen müssen ihren engherzigen Partikularismus überwinden und den Blick auf das große Ganze richten. Heute muß die Treue zum Reich ebenso stark sein wie die Treue zur engeren Heimat.

## Schicksalsfaust.

Roman von Leopold Sturm.  
(28. Fortsetzung.)

Dankend hatte sich Max bei seiner Einladung verneigt, wenn er auch kaum daran dachte, ihr so bald zu entsprechen. Viel mehr ging ihm etwas anderes durch den Sinn, als der Prinz sich entfernt hatte. Erich hatte erzählt, Kommerzienrat Wendau wolle sein Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umwandeln, weil er seinen einzigen Sohn im Kriege verloren hatte. Dieser Tragödie hatte Brandhaus ja beigezogen. Aber war Felix Wendau wirklich noch unvermählt, hinterließ er keinen Erben?

Was war aus Ernestine Hoffweg geworden, von der er seit ihrer Verlobungsanzeige vor mehr als vier Jahren keine weitere Nachricht mehr erhalten hatte? Bisher hatte er keinen Drang empfunden, sich nach ihr zu erkundigen. Aber jetzt überkam es ihn plötzlich, fast leidenschaftlich. Seltener! Die Einladung zu Franziska hatte ihn kalt, gleichgültig gelassen, aber die Teilnahme für Lini Hoffweg, deren Namen niemand genannt hatte, flammte plötzlich heiß und glühend in ihm auf.

Was war aus ihr geworden? Er hätte nur zu fragen brauchen, aber er brachte diese einfache Frage doch nicht über die Lippen...

Prinz Erich von Hartenstein hatte darin recht gehabt, daß unter den Arbeitern des Wendauschen Unternehmens in der Tat eine große Erregung entstanden war. Die bisherige Organisation des Betriebes sollte neu geregelt und ein durch seine Vergangenheit als entschiedener Gegner aller radikalen Bestrebungen bekannter Industrieller als Generaldirektor eingesetzt werden. Zugleich war mehreren unruhigen Elementen gefündigt worden und eine neue Fabrik- und Wohnordnung sollte in Kraft treten, die der Zeitung größere Nachbefugnisse in die Hand gab.

Darüber hatte eine große Protestversammlung stattgefunden, in deren Verlauf die Gemüter heftig aufeinander geploßt waren. Mit einigen geschickten und schlagfertigen, humorvollen Worten wäre wohl ein Ausgleich herbeigeführt worden, aber eine unüberlegte Ausrufung „Gib Del ins Feuer, und so kam es zu Handgreiflichkeiten, die sich aus dem Versammlungssaal auf die Straße hinaus fortsetzten. Die Polizei glaubte des Krampfalles nicht Herr werden zu können, und so war Militär ausgeboten worden, das die Ruhe ohne großen Kraftaufwand wiederherstellte.

Der ganze Vorgang bot in keiner Weise etwas Außergewöhnliches, aber in dem sonst so stillen Karlsburg war das Ereignis eine kleine Revolte. Und darüber verlor die Regierung die Besonnenheit, und der Minister sprach von einer notwendigen Staatsaktion, die sich in einer Verhaftung von einem Duzend Personen und einem Versammlungsverbot äußerte. Seitdem war der Friede aus Karlsburg geschwunden.

Max von Brandhaus hatte einige der Verletzten mit behandelt, und sein freundlich-ernstes Wesen hatte die Leute veranlaßt, ihm ihr Herz auszusprechen. Dadurch gewann er einen Einblick in die Sachlage und erkannte, daß der Friede am besten durch ein kluges Eingehen auf die tatsächlichen Verhältnisse der Leute zu erwarten war, die wirklich in mancher Beziehung zu wünschen übrig ließen. Damit würden dann die extravaganten Forderungen von selbst fortfallen. Freilich war Geduld nötig, und dazu fehlte bei der herrschenden politischen Nervosität die Veranlagung, obwohl es doch sein mußte.

Gegen seine Absicht sah sich Max von Brandhaus so aus seinen ärztlichen Pflichten plötzlich in die politische soziale Bewegung von Karlsburg hineingezogen, die sich immer mehr verstärkte, je mehr die Sorgen um den Abschluß des Waffenstillstandes unter so harten feindlichen Bedingungen wuchsen. Eine Watter schüttelte den Kopf, wenn er von diesen Dingen erzählte. „Max, lieber Max, halte dich von diesen Dingen fern. Du wirst von deinem eigentlichen Ziele dadurch abgezogen. Und jedenfalls sage dem Papa nichts, es regt ihn nur auf.“ So bat sie ihn dringend.

Seinem Vater gegenüber schwieg der junge Arzt, aber sich aus der Bewegung zurückziehen, und die von ihm unwillkürlich übernommene Vermittlerrolle niederlegen, das brachte er nicht fertig. Es fehlte in der Stadt an Männern, die Mäßigkeit und Weisung für das schwierige Amt hatten, und so hielt er aus, weil er sah, daß er wirklich Nutzen stiften und dem Frieden dienen könne.

Ein Ereignis war es aber doch für Karlsburg, als der Dr. Max von Brandhaus, der Sohn des Obersten und früheren Hofmarschalls, in der ersten großen Volksversammlung sprach, in der der Friedensschluß mit der Wendauschen Arbeiterschaft besiegelt werden sollte. Er freute sich, daß erreicht worden war, was der ganzen Stadt zum Wohle gereichte und sprach die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, die wiederhergestellte Einigkeit für die Zukunft dauernd aufrecht zu erhalten. Und im Verlauf seiner Worte wurde er wärmer und drückte die Inverficht aus, daß Arbeiter wie Unternehmer sich beugen müßten vor den Geboten, die das Vaterland, das in so großer Gefahr sei, an ihr rufen werde. Vornehmer Denkmalsweise ziere jeden Mann, gleichviel welcher sozialen Rangstufe er angehören möge.

Weifall erfolgte, aber auch mehrere gellende Pfiffe erklangen durch den dicht gefüllten Saal. In einer Ecke gab es Tumult und Handgreiflichkeiten.

Lautes Hohnschlächter brüllte durch den Saal, als der Redner undeirt fortfuhr. Eine kräftige Stimme rief: „Aristokrat, geh zu deinen Spießgesellen!“ Erneute Pfiffe gelitten daswischen, der Spektakel ward immer ärdrer.

(Fortsetzung folgt.)

Ehren-Diplome druck: Carl Jehne, Dippoldiswalde